

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Gost- und Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Ostpreußen 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Koll und Koll“ mit „Sicherung und Klagen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumzeitung 10 Pfennig, Restamort 4. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 20 Pfennig (außer zwei festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenanzeigen des ersten Wortes 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 5, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: 2346-2347
Verlag: 2348-2349

Sonnabend, den 4. April 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 5
Postfachkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Dresdner Bank, Postfachkonto: Berlin 37536

Marx gegen Jarres.

Gemeinsame Kampfkandidatur der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten gegen den Rechtsblock.

Zwischen den Beauftragten der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei fanden gestern abend im Reichstag in Anwesenheit des früheren Reichskanzlers Marx neue Verhandlungen statt. Nach einem gründlichen Gedankenaustausch und einer umfassenden Programmklärung des Herrn Marx beschloßen sie einstimmig (die deutschen demokratischen Vertreter unter Vorbehalt der Zustimmung ihres Parteiausschusses, der am Sonntag zusammentritt), Herrn Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx zur Wahl als Reichspräsidenten vorzuschlagen. Im Anschluß an die oberschließenden Verhandlungen zur Aufstellung der Kandidatur Marx haben 20 Vertreter der drei republikanischen Parteien noch am Freitagabend den Antrag zur Aufstellung von Marx an den Reichswahlleiter gerichtet. Diesem Antrag ist ein Schreiben des Reichskanzlers a. D. Marx beigegeben, in dem er sich zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt.

Otto Braun zum preussischen Ministerpräsidenten wiedergewählt. Wilhelm Marx als gemeinsamer Kampfkandidat gegen Jarres aufgestellt — und ein Weg, ein Ziel: Nieder mit dem Rechtskurs!

Marx gegen Jarres! So wird der Kampf laut. Denn die Einigung der Parteien der Weimarer Koalition bedeutet für den Rechtsblock den Zwang, an Jarres festzuhalten. Jarres ist wieder in Berlin. Der Voebell-Ausschuss wird nicht umhin können, ihn abermals als Kandidaten zu proklamieren.

Der Beschluß unserer Partei, die Einigung mit Zentrum und Demokraten auf die Kandidatur Marx zu vollziehen, auch er ist aus dem Willen geboren: Nieder mit dem Rechtskurs!

Die Deutsche Sozialdemokratie hat im ersten Wahlgang einen meihin leuchtenden moralischen Erfolg erzielt. Jetzt gilt es, ihn zum praktischen Erfolg umzuwerten.

Das ist zunächst dadurch geschehen, daß Otto Braun gestern zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt wurde. „Für wie lange?“ rief man auf der Rechten zurück. Daran ist zu antworten: „Die Ministerpräsidentenschaft Brauns wird jedenfalls länger dauern als dieser Landtag.“ Seht die reaktionär-kommunistische Garde ihr staatszerrüttendes Spiel fort, dann gibt es nur eins: Landtagsauflösung! Parole: Nieder mit dem Rechtskurs!

Der zweite praktische Erfolg wird bei der Entscheidung am 26. April zu ernten sein. Es gilt, diese Entscheidung zu einem Verdikt des Volkes gegen den Rechtskurs zu gestalten.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich nach ruhiger Überlegung zur Zurückziehung ihres eigenen Kandidaten entschlossen, weil es nach ihrer Überzeugung leichter sein wird, mit einem gemeinsamen republikanischen Kandidaten den Gegner, den Kandidaten der Monarchisten, Herrn Jarres aus dem Felde zu schlagen.

Sie wollte nicht das Risiko laufen, daß Braun etwa glänzender Jureiter, Herr Jarres aber für sieben Jahre Präsident der Deutschen Republik wurde.

Politik treiben heißt ein Ziel mit den Mitteln verfolgen, die Erfolg versprechen. Das Ziel ist: Nieder mit dem Rechtskurs! Das erfolgversprechende Mittel ist Aufstellung eines republikanischen Sammelkandidaten.

Es gibt Parteigenossen, und es sind gewiß nicht die schlechtesten, denen der Verzicht der Partei auf die eigene Kandidatur im zweiten Wahlgang sehr schmerzhaft ist. Aber er ist erfolgt. Er ist erfolgt in der Absicht, den Sieg der niederträchtigen Feinde der Republik und der Arbeiterklasse zu verhindern. Jetzt gilt es, mit demselben prachvollen Schwung, den unsere Bewegung im ersten Wahlgang befeuerte, den angestrebten Erfolg zu erreichen.

Das Volk soll am 26. April den Schiele, Schlieben, Neuhaus und Kanig, den Jarres, Voebell, Borsig, Böglert und Kallinger deutlich sagen, daß es nicht von ihnen regiert zu werden wünscht.

Es soll den ungezogenen Kindern im preussischen Landtag zu verstehen geben, daß es nicht mehr mit sich spielen läßt und eine Störung der durch die Wahl Brauns wiederhergestellten republikanischen Ordnung nicht gestatten wird.

Zwei Lager werden am 26. April einander gegenüberstehen:

Auf der einen Seite die Arbeitgeberverbände samt ihren gelben Anhang, auf der anderen die freien, christlichen und hirsch-dunderschen Gewerkschaften.

Auf der einen Seite die nationalen Offizierverbände, auf der anderen Seite die Organisationen der Mannschaften.

Auf der einen Seite die Hausbesitzervereine, auf der anderen Seite die Mietervereine.

Auf der einen Seite der Reichslandbund, auf der anderen Seite die Organisationen der Konsumenten.

Auf der einen Seite Stahlhelm, Wiking, Werwolf, auf der anderen Seite Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Auf der einen Seite Deutschnationale und Volksparteiler mit den ihnen anhängenden Splitterparteien, auf der anderen Seite Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten.

Auf der einen Seite Jarres, auf der anderen Seite Marx.

Siehen aber die Dinge so, dann kann es für den Mann und für die Frau aus den breiten Massen des Volkes überhaupt keine Frage mehr geben, auf welcher Seite sie mitzukämpfen haben!

Luther greift ein!

Nieder mit dem Rechtskurs! ist die Parole. Die drüben haben sie verstanden.

Als Otto Braun zum Ministerpräsidenten gewählt war und die Einigungskonferenz der drei Parteien unmittelbar bevorstand, berief der Kanzler der Rechtsregierung, Herr Luther, in slegender Hast die Führer der bürgerlichen Parteien zu sich. Er beschwor sie, unter Berufung auf eine Anregung des Abg. Leich von der Bayerischen Volkspartei, einen zweiten Wahlgang, der „die trennenden Momente im Volkstreiben zu verschärfen drohe“, zu vermeiden und einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Als solchen empfahl er den stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons. Und zwar sollte Simons nicht in der Volkswahl, sondern nach Annahme eines verfassungsändernden Gesetzes durch den Reichstag gewählt werden.

Hat Herr Simon von dem Spiel, das hier mit ihm getrieben wurde etwas gewußt? Wir halten das für ausgeschlossen.

Selbstverständlich konnten Zentrum und Demokraten, die mit der Sozialdemokratie in Verhandlungen standen, sich nicht hinter dem Rücken der Sozialdemokratie, auf einen bürgerlichen Sammelkandidaten einigen.

Es gab also eine zweite Konferenz mit Hinzuziehung der Sozialdemokratie. Von einem verfassungsändernden Gesetz, das die Volkswahl ausschalten sollte (das man aber nicht ohne Sozialdemokratie hätte machen können), war nun nicht mehr die Rede. Wohl aber schlug Herr Luther nochmals Herrn Simons als Einheitskandidaten vor — von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten!

Die Unterhaltung war kurz und ergebnislos. Eine Stunde später war die Kandidatur Marx gegen den Rechtsblock proklamiert.

Müssen die Angst haben!

Jetzt auf einmal hegt die Rechtsregierung die zärtliche Sorge, daß die trennenden Momente im Volkstreiben nicht verschärft werden dürfen! Nachdem man uns im ersten Wahlgang mit der Provokationskandidatur Jarres gekommen war! Nachdem man monatelang zur Vorbereitung die Sozialdemokratie mit Kollfäbeln übergoßen hatte! Nachdem man die Magdeburger Bagatelle zu einem Monate dauernden Sensationsprozeß aufgezoßen hatte, um den Mann des deutschen Volkes, den verstorbenen, zu Tode gehehten Reichspräsidenten als „Landesverräter“ abzusetzen! Jetzt auf einmal diese zärtliche Sorge, jetzt auf einmal, nachdem sich herausgestellt hat, daß hinter der Rechtsregierung nur eine Minderheit des Volkes steht und daß die Republikaner nur zusammenhalten müssen, um zu siegen!

Vorwärts und durch!

Der in letzter Stunde unternommene Versuch der Rechtsregierung, unter Verzicht auf den Streikmonn-Schilling Jarres die Einigung der drei Parteien zu hintertreiben, zeigt, wie richtig die Sozialdemokratie handelte, als sie diese Einigung vollzog.

Der Kampf wird nicht leicht werden, gewiß! Wohl hatten die Parteien, die sich jetzt auf Marx geeinigt haben, im ersten Wahlgang vor dem Jarres-Block einen Vorsprung von rund 1 1/2 Millionen Stimmen. Aber der Jarres-Block bekommt von Ludendorff immer noch eine gute Viertelmillion dazu — und dann sind noch die Reservisten von rund 11 Millionen Wählerinnen und Wähler da, die dem ersten Wahlgang ferngeblieben sind. Um sie wird sich jetzt ein heißer Kampf entspinnen.

Soll der Sieg über den Rechtskurs gewonnen werden, dann müssen der letzte Mann und die letzte Frau, die am 29. März sozialdemokratisch, demokratisch oder Zentrum gewählt haben, am 26. April an die Urne, um den Gegner von Jarres, also Marx zu wählen, und es muß alles getan werden, um das schlagende Heer der Reichswähler zum Kampf gegen den Rechtskurs zu wecken.

In eine einigermaßen schwierige Lage kommt die Bayerische Volkspartei mit ihrer einen Million Stimmen. Ihr Herz zieht sie nach rechts, aber Jarres ist der Kandidat des — Evangelischen Bundes!

Ihre Sorgen sind nicht die unseren.

Die Kommunisten bleiben natürlich auch im zweiten Wahlgang Jarres treu. Diese Schüddhalter der äußersten Reaktion, als die sie sich im Reichstag und im Landtag bewährt haben, können nun einmal nicht anders. Sie haben trotz ihrer großen Verluste den Arbeiterkandidaten Otto Braun im ersten Wahlgang immer noch um 1,8 Millionen Stimmen bringen können und haben damit das Ihre dazu beigetragen, daß diese Arbeiterkandidatur in ihrer Aussicht auf den ganzen Sieg geschädigt wurde. Jetzt schreien sie wie üblich über „SPD-Verrat“ und tun alles, um dem Kandidaten der Gewerkschaften möglichst viel Stimmen wegzunehmen und den Sieg der Arbeitgeberverbände und der Sozialreaktion nach Kräften zu fördern.

Auch ihre Sorgen sind — allen Göttern sei es gedankt! — nicht die unseren. Mögen sie sich blamieren, wie sie können.

Die Sozialdemokratie hat sich mit Zentrum und Demokraten geeinigt, um dem Rechtskurs eine entscheidende Niederlage zu bereiten.

Jetzt fordert es die Ehre der Partei, daß jeder Genosse und jede Genossin ihre Pflicht tun!

Republik oder Monarchie! Anerkennung der Sozialdemokratie als der großen Staatspartei der Republik oder parteiisches Regiment zugunsten des Rechtskurses! Das heißt: Anerkennung der Arbeiter und der Massen des „niederen“ Volkes überhaupt als gleichberechtigter Staatsbürger oder Aufzählung des alten Herrenregiments! Nationalismus oder Friedenspolitik!

Zwei Lager! Ueber dem einen weht die Fahne unserer Partei. Wo unsere Fahne weht, da müssen wir kämpfen! Wo unsere Fahne weht, da muß der Sieg sein!

Nieder mit dem Rechtskurs! Vorwärts und durch!

Die zweite Niederlage.

Der Zusammenbruch der Krisenmacher in Preußen.

Die Wiederwahl Otto Brauns im Preussischen Landtag war für den Block der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Besiegelung ihrer Niederlage in Preußen. Sie haben Krise um Krise heraufbeschworen, sie haben im Bunde mit den Kommunisten monatelang verhindert, daß in Preußen geordnete Regierungsverhältnisse herbeigeführt würden — alles, um sich gegen den Willen der Wähler in die Preußenregierung einzuschleichen. Diese Versuche sind zu Ende. Das Wahlergebnis vom 29. März hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht, die Wahl von Otto Braun stellt die Lage wieder her, die sie zu verändern wünschten.

Im letzten Augenblick meinten sie noch, durch ein Obstruktionsmandat ihre endgültige Niederlage zu verschleiern. Auch das mißlang. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt über dieses Mandat:

„Man hatte nämlich erwartet, daß ein zweiter Wahlgang notwendig werden sollte und dafür die Parole ausgegeben, daß die Deutschnationalen und vermittels auch die Deutsche Volkspartei, diese wenigstens zu einem Teile, den Saal verlassen und das Haus beschlußunfähig machen sollten. Damit wollte man erreichen, den empörten Wählern draußen wenig-

freis einigermaßen das Gesicht zu wahren, indem man die Wiederwahl Brauns bis Ostern versögerte. Denn man sah mit Recht voraus, daß draußen im Lande die deutschnationale Wählerchaft einigermaßen erstaunt sein wird zu sehen, daß nach einem wüsten, monatelangen Kampf derselbe Ministerpräsident wiederkehrt, den man unter so großem Lantam gestürzt hatte. Aber aus dem Mandat wurde nichts; Braun war gewählt.

Die Mut des enttäuschten Rechtsblocks ist grenzenlos. Seine Presse macht aus ihren Gefühlen kein Hehl. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Otto Braun im ersten Wahlgang gewählt! Nach allem Vorangegangenen natürlich keine Überraschung. Aber aus erregten Rufen bei der SPD: nun wird aufgelöst! in seiner ganzen Bedeutung gekennzeichnet. Die Genossen haben es jetzt in der Hand, den Zeitpunkt einer eventuellen Neuwahl zu bestimmen. Sie haben es in der Hand, nach Vertagung des Landtags willkürlich zu schalten und zu walten.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ fürchtet die Landtagsaufhebung? Hat sie Angst vor den Folgen? Hat sie nicht selbst die Landtagsauflösung gefordert?

Im übrigen lobt die Rechtspresse ihren Zorn gegen Demokraten und Zentrum aus, denen sie zugemutet hatte, der Rechten zur Preußenregierung zu verhelfen. Es besteht da eine gewisse Arbeitsteilung. „Deutsche Tageszeitung“ und „Deutsche Zeitung“ schlagen auf das Zentrum los, der „Lokal-Anzeiger“ auf die Demokraten.

Der Rechtsblock wird beim Wiederausammentritt des Landtags neue Sabotageversuche unternehmen. Diese Versuche werden ein rasches Ende finden. Mit Recht schreibt die „Bosische Zeitung“:

„Man ist also heute zum Ausgangspunkt der Präsidentschaftskrise zurückgekehrt und hat sie damit abgeschlossen. Das Spiel mit der Ministerpräsidentenwahl, das durch die Sabotage der Rechtsparteien drei Monate lang betrieben werden mußte, ist zu Ende. Eine Neuwahl des Ministerpräsidenten in Preußen wird sobald nicht mehr erforderlich werden, denn wenn die Rechte ihre bisherige Taktik fortsetzen sollte, die Weimarer Koalition und die Regierung an sachlicher Arbeit zu hindern, dann wird von dem Mittel der Auflösung des Landtages Gebrauch gemacht werden.“

Die gewissenlose Krisenmacherei des Rechtsblocks in Preußen ist zu Ende. Das Volk hat sie deutlich genug verurteilt!

Das Schweidniger Urteil.

Ein neuer Beitrag zur deutschen Rechtspflege.

Schweidnitz, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Schweidniger Prozeß gegen das Striegauer Reichsbanner ist am Freitag beendet worden. Das Urteil spricht 15 Angeklagte frei. Der Hauptangeklagte Stadtrat Müller wird zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht hält ihn des schweren Landfriedensbruches und der Räuberschuld überführt. Unter Zustimmung mildernder Umstände wird ihm die Untersuchungshaft von 6 Wochen angerechnet. Angeklagter Lehrer Geburt wird freigesprochen. Die von der Verteidigung beantragte Entschädigung für die von Geburt erlittene Untersuchungshaft wird abgelehnt. Der vierte Hauptangeklagte Hoerfel wird ebenfalls freigesprochen. Die anderen Angeklagten erhalten Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu einem Jahr. Bei 3 Angeklagten befürwortet das Gericht Strafaussetzung. Die Tatsache, daß das Gericht über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß bei einer ganzen Reihe von Angeklagten hinausging, zeigt die politische Einseitigkeit des Prozesses. Allerdings war bei der Zusammenfassung des Gerichts, dem bekanntlich als Schöffen die Vorsitzende des hiesigen „Königin-Luise-Bundes“ und als einer der Richter eine erst vor wenigen Wochen aus dem „Stahlhelm“ ausgeschiedene Persönlichkeit angehörten, von vornherein Objektivität nicht zu erwarten.

Rauschgifte der Nachkriegszeit.

Die Nachwirkungen des großen „Stahlbades“ zeigen sich auf jedem Gebiet. Nicht nur volkswirtschaftliche und allgemein-soziale Schäden sind es, sondern ihnen stellt sich gleichbedeutend der gesteigerte Genuß von Rauschgiften in den weitesten Kreisen an die Seite. Einen umfassenden Überblick über die Ausbreitung der Rauschmittelgeißel gab nun jüngst in der Wiener Urania Universitätsprofessor Dr. Alexander Pilcz in außerordentlich klarer und verständlicher Weise.

Es ist bemerkenswert, daß der Alkoholgenuß in den Kriegsjahren auf ein unbedeutendes Minimum sank. So gibt die Statistik an, daß Berlin 1913 noch 12 Proz. alkoholische Geistesranke aufwies, während im Jahre 1916 nur mehr 3 Proz. zu verzeichnen waren. Doch mit dem Umlaufjahr steigt von neuem die Prozentziffer der chronischen Alkoholiker, ja wird beinahe höher, als sie es früher war. Es ergibt sich nun die Frage, woran der chronische Alkoholiker zu erkennen ist. Wo steht der Rißbrauch ein, wo hört der Genuß auf? Intelligenzproben ergaben die Antwort. Man ließ Räucherkerze und leicht alkoholisierte einfache Rechenaufgaben lösen. Bei den Alkoholikern war eine deutlich herabgeminderte Leistungsfähigkeit zu konstatieren, die sogar nach drei bis vier Tagen andauerte. Und doch ist dieser Versuch nur von geringer praktischer Bedeutung, ebenso wie von möglichem Alkoholkonsum auch nicht als von Unschädlichkeit für den Organismus gesprochen werden kann. Chronischer Alkoholisimus löst sich nicht nach dem Quantum beurteilen, sondern nach der Wirkung. An sich selbst kann man leicht erkennen, ob man bereits chronischer Alkoholiker ist. Man ist gewöhnt, allabendlich ein Glas Bier zu trinken. Einmal nun setzt man aus. Man bringt die Nacht schlecht zu, kaum daß man ein Auge schließen konnte. Diese Erscheinungen sind die Anfangsstadien des chronischen Alkoholikers, die ersten Anzeichen der Entziehungsercheinungen. Es ist die höchste Zeit, mit dem Trinken aufzuhören. Oder man wird bald das Opfer fürchterlicher Delirationen, der Tierhalluzinationen. Der Alkoholiker sieht im Säuerwahn um sich die verschiedensten Tiergestalten. Viele Jahre vor Ausbruch des Delirium tremens hat er nun diese Vorstellungen in seinen Träumen. Außerdem kommt eine andere Art des Traumes: Er sieht wiederholt Ueberbrennungen und Wollenbrüche. Vielleicht Symbole seiner täglichen Beschäftigung. — Der Alkoholisimus ist nicht nur ein individuell hygienisches, sondern auch ein soziales Problem. Hier bewahrt sich wieder einmal das biblische Wort: „Und die Sünden der Väter werden gerächt bis ins dritte und vierte Geschlecht.“ Denn der dauernde Alkoholiker zeugt häufig minderwertige, bei Fallstudie neigende Nachkommen.

Wehr als der Alkohol leistet dem Menschen, der sich betäuben will, zwei Gifte einen großen, bedeutenden Dienst — Morphin und Kokain. Gewöhnlich wird der an großen Schmerzen Leidende durch die ihm zuerst vom Arzt verabreichte Dosis Morphin. Beim normalen Menschen wird die Injektion wohl die Schmerzen aufheben, doch treten dafür Kopfschmerz und Erbrechen ein. Der pathologische Morphinist verliert jede Schmerzempfindung, aber außerdem steigert sich sein Wohlbehagen, wohl auch die geistigen Leistungen. Wer einmal diese „Morphineuphorie“ gekostet hat,

Eine Ohrseige für Verleumder.

Spierer antwortet der „Nationalpost“.

Herr Karl Spierer, Ministerialdirektor z. D., teilt mit: Die Berliner „Nationalpost“, das offizielle Organ der Deutschnationalen, die gegenwärtig die Hauptstütze der deutschen Reichsregierung sind, kündigt am Freitag „größere Enthüllungen“ an, die meine Tätigkeit als „Chef der Abstimmungspropaganda in Oberschlesien“ betreffen. Ich habe schon einmal zu durchsichtigen parteipolitischen Zwecken die niedrigsten Angriffe wegen meiner Tätigkeit in Oberschlesien schweigend über mich ergehen lassen, weil ich als aktiver politischer Beamter nicht in der Lage war, der gegen mich losgelassenen Reue so entgegenzutreten, wie es mir heute möglich ist. Ich habe mich damals auf die Führung eines Selbstverteidigungsprozesses beschränken müssen, der damit endete, daß der zusammengebrochene Beklagte sich als das unschuldige Opfer eines gemeinen Schurkenstreichs hinstellte und reuig alle gegen mich erhobenen Beschuldigungen zurücknahm. Während der Verhandlungen um die Bildung der Reichsregierung nach den Dezemberwahlen des vorigen Jahres wurde mir bereits von gutmeinender Seite mitgeteilt, daß ich wegen meiner politischen Einstellung neuer, angeblich „bödscher“ Angriffe mich zu gewärtigen habe. Nach dem Tode des Reichspräsidenten Ebert wurde ich erneut von einer anderen befreundeten Seite, deren politische Verbindungen im Lager der Rechten wurzeln, dringend gewarnt, mich für die Kandidatur Marx einzusetzen, weil sonst gegen mich systematisch vorbereitete persönliche Angriffe erfolgen würden.

Die Kandidatur Marx für die Reichspräsidentenwahl scheint gesichert, und prompt erfolgt heute früh in der „Nationalpost“ die Antündigung der Angriffe, die mir seit langem angedroht sind. Weil der politische Gegner nicht mit sachlichen Argumenten unterzogen ist, wird er nach erprobtem Muster mit dem schon bewiesenen Talent in einen „Skandal“ verwickelt, der ihn gefechtsunfähig machen soll. Daß ausgerechnet die Presse, die nationale Bestimmung in Erbpacht genommen hat, meine Tätigkeit in Oberschlesien zum Kampf gegen mich für geeignet hält, kann für alle, die meine ober-schlesische Tätigkeit kennenzulernen Gelegenheit hatten, nur als Beweis jeden Rangels an nationaler Gesinnung dieser Presse angesehen werden. Ich frage aber die Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion und der deutschnationalen und vaterländischen Verbände in Schlesien, die in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit mir schwere Jahre im Abstimmungsgebiet durchlebt haben, ob auch sie den Mut haben, die Wiederaufnahme des Kampfes gegen mich wegen meiner ober-schlesischen Tätigkeit als national zu bezeichnen. Jeder, der weiß, welche Aufgaben mir in Oberschlesien oblagen — und die seien Burschen, die hinter diesen Angriffen gegen mich stehen, wissen es ganz genau —, weiß allerdings auch, daß meine Arbeit in Oberschlesien, die unter dem Druck des Friedensvertrags, einer feindlichen Besatzung und der ständigen Wachsamkeit von hunderten polnischer Spitzel und Insurgenten getan werden mußte, un schwer Verleumdern und Ohrabschneidern Schlupfwinkel bietet, in denen sie sich um so sicherer fühlen, als sie die Gewißheit haben dürfen, daß der Angegriffene nicht das Wohl von Hunderttausenden Deutscher, die dem Vaterlande entrissen worden sind, aufs Spiel setzen wird. Die Rücksichtnahme auf den verlorenen Teil Oberschlesien wird mich aber nicht bewegen, den Schmuhstücken, deren einziger geistige Waffe der Skandal ist, etwas zu ersparen, was ihnen zutritt.

Negeraufstand in Südwest.

London, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Die südafrikanische Regierung, die das Mandat des Völkerbundes über die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika inne hat, teilt mit, daß dort ein allgemeiner Aufstand der schwarzen Bevölkerung ausgebrochen sei, mit dem Ziel der Selbstständigkeit Südwestafrikas. Die Eingeborenen haben bereits an den Völkerbund nach Genf telegraphiert und verlangen seine Intervention zugunsten ihrer vollkommenen Unabhängigkeit. Die südafrikanische Regierung hat alle verfügbaren Streitkräfte, insbesondere auch die Luftfahrzeuge, nach Südwestafrika dirigiert, um den Aufstand niederzuschlagen.

ist verloren. Immer wieder wird er die Injektion erneuern und bald eine ungeheure Dosis vertragen, die den Gefunden töten würde. Der Morphinist ist schon an seinem erschreckend greisenhaften Aussehen zu erkennen. Die sexuelle Potenz läßt bald nach und verschwindet schließlich vollständig. Der chronische Morphinist wird willensschwach, verliert jedes altruistische Gefühl, vernachlässigt seinen Beruf und seine Angehörigen, lebt nur seinem Ostrak. Entziehungskuren sind häufig ergebnislos. Man wendete früher das Kofalin als Entziehungsmittel für den Morphinisten an. Der Patient verlor seine Freude an Morphinum und wurde dafür — Kofalinist. Der heutige Kofalinenruß wird nicht so sehr durch Injektion, als durch Schnupfen erzielt. Nur ein Teil des weißen Pulvers wird von der Schleimhaut aufgenommen, ein Teil bleibt ungelöst, wird bei der nächsten Schnupfenentladung resorbiert und die ungeheure Dosis führt manchmal raschen Tod herbei. Die Krankheits Symptome sind ähnlich denen bei Morphinumgenuß. Körperlicher Verfall, besonders Geschwüre in der Nase, die endlich die Nasenscheidewand durchbrechen. Zu den geistigen Erscheinungen der Teilnahmslosigkeit und dem Egoismus gegenüber den Mitmenschen kommt noch ein anderes Moment: das Auftreten perverter Neigungen, besonders bei dazu prädestinierten Individuen.

Uns droht aus Amerika ein neues Rauschmittel. Der Vortragende nennt es mit Absicht nicht. Denn nur zu bald wird es auch bei uns Eingang gefunden haben, wird seine schrecklichen Wirkungen entfalten. Die einschüchtern Folgen der Rarofika haben Amerika zu energischen Bestimmungen bewogen. Bei uns fehlt noch jegliches Eingreifen in dieser Richtung. Hier sollte der Staat für die Gesamtheit sorgen, unterstützt von jedem einzelnen, der mitarbeiten will gegen die Dämonen der Rauschgifte. Otto Deigner, Wien.

Das Denkmal der Arbeit.

Am 4. April 1905 wurde der Bildhauer Constantin Meunier durch einen Herzschlag seinem Schaffen entrissen, das in seiner Gesamtheit ein großartiges Denkmal der Arbeit darstellt. Nicht nur die vier gewaltigen Reliefs, die er im letzten Jahrzehnt seines Lebens zu einem „Denkmal der Arbeit“ gestaltete, sondern alle seine plastischen Werke verberichten die Arbeit, und er ist der erste gewesen, der dem Arbeiter eine Monumentalität verleiht, die man vorher in dem schlichten Schaffen des Alltags nicht gesehen hatte. Er selbst hat die Not des Lebens, die bittere Nähe im Kampf ums Brot ganz durchgeföhrt, bevor er sich zu einer solchen Verkörperung in seiner Plastik durchrang.

Aus ärmlichen Verhältnissen stammend, das jüngste von sechs Kindern, in der Jugend schwächlich und krank, litt er viel, und sein Freund Berthelmer schrieb von ihm: „Bis zu seinem 18. Jahre hat er alle Abende geweint.“ Sein ältester Bruder, ein vornehmer Kupferstecher, wies ihm den ersten Weg zur Kunst, und es wurde der heißeste Wunsch des Knaben, bei dem berühmten Bildhauer Giacinto lernen zu dürfen. Da er kein Geld hatte, um die Stunden zu bezahlen, so verdingte er sich bei dem Meister als Heilerbieder und begnügte sich, ihm in den wenigen freien Minuten, die ihm blieben, bei der Arbeit zu beobachten. Doch die Begeisterung erstühte allmählich dabei, und er wandte sich zunächst der Malerei zu, in der

Die Herriot-Krise vorläufig beigelegt.

Doch bleibt die Lage kritisch.

Als der Nationale Block vor Jahresfrist politisch abgewirtschaftet hatte, hinterließ er seinem Nachfolger in der Regierung, dem Vinsblock, eine trostlose finanzielle Lage. Dennoch sabotiert die Opposition die Bemühungen der Vinsmehrheit, durch radikale Maßnahmen dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Zunächst ver suchte sie durch Obstruktion, die Verabschiedung des Etats in der Deputiertenkammer ins Uferlose zu verschleppen, und als ihr dies mißlungen war, setzte sie ihre Hoffnungen auf den Senat, in dem die Mehrheitsverhältnisse weniger klar sind und wo sich alle möglichen Intriganten als Regierungsfreunde ausgehen, aber immer wieder außer der Reihe tanzen.

Einer von diesen unsicheren Kantonisten, der Senator Henry Berenger, verstand es, als Generalberichterstatter für den Etat alle von der Kammer beschlossenen einschneidenden Maßnahmen, die sich vor allem gegen das Großkapital richteten, entweder so auszuhöhlen oder gänzlich zu streichen, mit dem Erfolg, daß das vom erstenmal seit Jahren in ein wirkliches Gleichgewicht gebrachte Budget nur noch durch inflationistische Maßnahmen hätte wiederhergestellt werden können. Während nun ein Teil der Regierungsmehrheit und der Regierung selbst, darunter der Finanzminister Clementel, zu Kompromissen, wenn nicht gar zur Kapitulation vor diesen Treiberen großkapitalistischer Interessentkreise neigten, stellten die Sozialisten der Regierung in ultimativer Form das Verlangen, festzubleiben.

Da Herriot mit der sozialistischen Unterstützung steht und fällt und da außerdem die große Mehrheit der radikalen Deputierten auf Kampf gegen den Senat und das Großkapital eingestellt ist, so fiel die Entscheidung der Mehrheit der Regierung zugunsten einer Sanierung des Budgets durch eine Kapitalabgabe nach der Art des deutschen Reichsnotopfers, doch sollte diese Abgabe einstweilen geheim bleiben, teils aus politischen Juerlässigkeitsgründen, teils aber auch, um nicht neue Nahrung den von den nationalistischen Großbanken gesellschaftlich verbreiteten ungünstigen Gerüchten über die Gefährdung des französischen Kredits zu geben. Selbstverständlich teilte jedoch der Finanzminister Clementel am Donnerstags nachmittag im Senat die Absichten des Kabinetts demnach mit, daß sich Herriot gezwungen sah, von diesem eigenartigen Mitarbeiter abzurücken.

Offenbar hegten die offenen und geheimen Gegner Herriots die Hoffnung, diesen Einzelschritt in eine allgemeine Kabinettskrise zu verwandeln. Doch hat die Schnelligkeit, mit der Herriot die Lücke ausgefüllt hat, — und zwar durch den auch in der Mitte des Senats einflussreichen Senator de Monzie —, dieser Gefahr vorbeugt. Nach einem Drahtbericht unseres Pariser Mitarbeiters gilt sogar diese Wahl schon deshalb als besonders glücklich, weil de Monzie, der in der Frage der Botschaft beim Vatikan eine von der Regierung abweichende Stellung einnahm, somit aus einem gefährlichen Gegner in eine Stütze der Regierung verwandelt wurde. Unser Berichterstatter spricht sogar von einem Sieg der Linken als bisheriges Fazit der Krise, fügt allerdings hinzu, daß die Lage der Regierung im Hinblick auf die ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten, die es schnell zu meistern gilt, ernst bleibt und daß ähnliche Ueberraschungen wie am Donnerstag auch in nächster Zeit nicht ausgeschlossen sind. Wenn es nun wahr ist, wie „Europa-Brief“ meldet, daß am gestrigen Tage Loucheur, der bekanntlich die Nachfolgerschaft Clementels abgelehnt hat, zu Herriot gegangen ist, um ihm die Opposition seiner 42köpfigen Gruppe der radikalen Linken gegen die Steuerpläne der Regierung anzumelden, so wäre dies allerdings schon jetzt ein bedenkliches Zeichen: denn die radikale Linke, die durch den Handelsminister Rainaldy in der Regierung vertreten ist, bildet in der Kammer das Jünglein an der Wage. Geht sie zur Opposition über, dann verliert das Kartell der Linken nur noch über eine Mehrheit von höchstens zehn Stimmen. Damit wäre wohl das Schicksal Herriots besiegelt.

er an dem Franzosen Müllert und dem belgischen Armeuleutnant de Brong hohe Vorbilder fand. Im belgischen Hütenbezirk, in der Droringe, erhielt er die Anregung für sein Schaffen, und so hat er zunächst die unheimliche Großartigkeit dieses „Schwarzen Bundes“ gemalt, erlebte in der Arbeit des Bergmannes, in den Gestalten der Steinkohlengruben und Hochöfen das Hebelndes des Schaffens, das damals Jola im „Germinal“ dichtete. Die Schönheit, die sich in der Haltung und im Ausdruck des arbeitenden Menschen offenbart, eroberte er sich zuerst mit Stif und Pinsel, bevor er es wagte, sie mit Modellholz und Weisel zu gestalten.

Erst als reifer Mann lehrte er zu seiner Jugendliebe, der Plastik, zurück, und in den zwei Jahrzehnten, die ihm noch geblieben, hat er ein Werk geschaffen, das als das monumentale „Denkmal der Arbeit“ fortbleibt. Gleich sein erstes Werk, der „Hammermeister“ von 1886, zeigt seinen plastischen Stil fast ausgereift, und in einem weiteren Läuterungsprozess stieg er nun zu immer größerer Eindeutigkeit der Linie, zu immer stärkerer Betonung des Wesentlichen empor. Die Keinen Bronzen, in denen er seine Eindrücke festhielt, haben eine Größe und Innerlichkeit, die der Kunst eine neue Welt, eine neue Anschauung erschlossen.

Eine Denkschrift der Reichsregierung über die Einheitskurzschrift. Der Bildungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der Frage der Einheitskurzschrift. Der Verhandlung lag ein deutschnationaler Antrag zugrunde, der auch von der Deutschen Volkspartei unterstützt wurde und der die Regierung ersucht, im Einvernehmen mit den Ländern die zur Einführung der Einheitskurzschrift getroffenen Maßnahmen so lange anzusetzen, bis der für die Prüfung des Systems eingefegte Länderauschuß das Einheits-system geprüft und gegebenenfalls geändert habe. Staatssekretär Schulz kündigte eine Denkschrift über die Einheitskurzschrift an und bat, die Abstimmung bis zum Vorlegen dieser Prüfung zu vertagen. Ein dahingehender Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt und der Antrag auf Aussetzung der Maßnahmen angenommen.

Klanische Volksschulfragen. Die litauische Zeitung „Lietuvos Zinios“, das Organ der volkssozialistischen Partei, zeichnet ein erregendes Bild von Kinderelend in Litauen. Eine Statistik der Volksschulen des Kreises Tauraggen hat nach dieser Zeitung folgendes ergeben: 14 Proz. der Schüler besuchen die Schule, ohne am Morgen ein Frühstück zu bekommen, 37 Proz. haben kein Abendessen, 28 Proz. essen überhaupt nur einmal am Tage, 50 Proz. essen niemals Fleisch, obwohl dieses in Litauen fast dreimal billiger ist als in Westeuropa. Tierpeisen bekommen täglich nur 2 Proz. der Schüler. Ueber 90 Proz. der Kinder erweisen sich als unterernährt und blutarm. Die Zahl der Volksschüler sinkt in allen Kreisen, da die schlecht ernährten Kinder wenig Lust zum Schulbesuch zeigen.

Tanzwälder. Rutia Ciemi bringt am 12. April im Theater am Kurparkendamm mit ihrer Tanzgruppe ein teilweise neues Programm zur Aufführung. Beginn 12 Uhr.

Konzert des rheinischen Madrigalchors. Auf Veranlassung des Arbeiter-Sängerbundes, Gau Berlin, gibt der rheinische Madrigalchor aus Dülkum am 7. abends 7½ Uhr, in der Garnisonknecht ein Konzert. Eintrittskarten zu 1 R. auch am Eingang.

Die Gewerkschaften bei Dr. Simons.

Alarmruf gegen die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Reichstags.

Der Rechner der Reichspräsident Dr. Simons hat im Laufe des Freitag Vertreter der Hirsch-Duncker'schen, der Christlichen und der Freien Gewerkschaften empfangen, um sich über die Stimmung innerhalb der Arbeitnehmererschaft zu informieren.

Vom I. D. B. waren Grafmann, Hermann Müller, Spielert und Eggert, vom A. F. B. Bund Kaufhäuser erschienen. Einleitend gab Grafmann ein sehr deutliches Bild über die Stimmung in den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Wenn auch seit Einführung der festen Währung eine gewisse Entspannung eingetreten sei, so befänden sich doch selbst die in Arbeit stehenden Arbeitnehmer in einer sozialen Bedrängnis. In zahlreichen Industrien entspreche die Kaufkraft des Lohnes nicht dem Vorkriegsstand. Schuld daran sei das Beharren der deutschen Industrie auf den aus der Inflationszeit gewohnten Kalkulationsmethoden. Volkswirtschaftlich gesünder und politisch klüger sei es, auch den breiten Schichten Ersparnisse zu ermöglichen. Die Summe dieser Ersparnisse sei der Produktionsbelegung günstiger. Dieser wünschenswerte Zustand ließe sich aber nur herbeiführen, wenn der Lohn drückende Einhalt geboten werde. Die Belastung der breiten Masse mit direkten Steuern sei um so unerträglich, als die Vermögenssteuer abgebaut werde. Hierzu treibe die scharfe indirekte Belastung durch Umsatzsteuer und Zölle. Sie werde noch verschärft durch Lohnsteuergesetze. Obwohl die sozialen Lasten gemindert seien, führten verschiedene Erscheinungen der letzten Zeit zu dem Schluss, daß die Regierung dem Drängen der Unternehmer auf Abbau der Sozialpolitik keinen Widerstand entgegensetze.

Genosse Spielert erläuterte eingehend, daß die Berichte der Unternehmer über die unerträgliche soziale Belastung der Produktion keineswegs den Tatsachen entsprechen. Er schilderte die volkswirtschaftliche Gefahr einer weiteren Mietssteigerung. Genosse Eggert behandelte den verhängnisvollen Einfluß der Industrie und der Landwirtschaft auf das Zustandekommen der Handelsverträge und schilderte die bedenkliche Auswirkung der internationalen Verteilung der Hand von Beispielen. Genosse Kaufhäuser schilderte die Lage der Angehörigen, die unter der Deflationstriebe besonders zu leiden haben, und begründete die beschleunigte Schaffung der Arbeitslosenversicherung. Die Lohnsteuer sei in den letzten Monaten automatisch immer weiter gestiegen. Eine Senkung der Lohnsteuer und die Heraushebung der Grenze für das steuerfreie Einkommen müsse sofort erfolgen. Die Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates müsse sofort erfolgen.

Deutschnationale Fernwirkung.

Nach der Ablehnung des Handelsvertrages.

Rom, 3. April. (W. B.) Der Umstand, daß der Reichstag (Reichstagskommission) den Handelsvertrag mit Spanien abgelehnt hat, benutzt die „Agenzia di Roma“, um vor dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland zu warnen, da diesem ein ähnliches Schicksal blühen könnte und alsdann die ganze Arbeit umsonst geleistet worden wäre. Dazu kommt, daß die ganze Konzeption an Italien auf der Grundlage der Spanien gewährten Meistbegünstigungsklausel beruhe, so daß diese Konzeption an Italien in der Luft hänge.

Die Handelskammer Bremen sandte an den Reichsaussenminister anlässlich der Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages durch den handelspolitischen Ausschuss des Reichstages folgendes Protokolltelegramm:

„Die Wirtschaftskreise Bremens sind durch die Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages stark beunruhigt. Sie erwarten, daß die Reichsregierung die Annahme des Abkommens im Reichstagsplenum nachdrücklich betreibt. Eine Nichtratifizierung bringt für Handel, Schifffahrt und Industrie schwere Gefahren; unvermeidliche Folge wäre eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit, während die Ratifizierung der deutschen Volkswirtschaft im ganzen außerordentlich förderlich sein würde.“

Immer langsam voran...

Aus dem „Aufwertungsausschuss“ des Reichstages.

Der Aufwertungsausschuss des Reichstages behandelte die Entschärfung des Abg. Keil (Soz.), worin die Reichsregierung erlucht werden soll, zum Zwecke der Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung der öffentlichen Anleihen dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Vermögen, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit neu entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht wesentlich vermindert haben, einer Sonderbesteuerung unterworfen werden, wobei die Vermögen, die eine bestimmte Größe nicht übersteigen, freizulassen sind.

Hierzu beantragte Abg. Emminger (Bayr. Sp.), daß die Regierung alsbald eine Denkschrift vorlegen möge über die Durchführbarkeit der in der dritten Steuernotverordnung vorgesehenen Inflationssteuern und über die im Antrag Keil genannten Vermögens-, Ausgleichssteuer und Vermögens-Zuwachssteuer. Im übrigen solle der Antrag Keil dem Steuerausschuss überwiesen werden.

Abg. Hergt (Dnat.) wollte den Reichlichen Antrag gemeinschaftlich mit dem Steuerausschuss beraten. Des Weiteren beantragte er die Einführung einer Steuer auf einen etwaigen Inflationsgewinn bei Grundstücksveräußerungen.

Im Verlauf der Aussprache gab ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Erklärung ab, daß die Vorarbeiten für eine Denkschrift über die im Antrag Keil vorgesehenen Inflationssteuern bereits erledigt seien, und daß daher die Denkschrift in aller kürzester Zeit dem Reichstag zugeleitet werden könne.

In der bestimmten Erwartung, daß diese Denkschrift unmittelbar nach Wiederzusammentritt des Reichstages dem Aufwertungsausschuss vorliegen werde, beschloß der Ausschuss, die endgültige Entscheidung über ein die Inflationsgewinne besteuertes Gesetz in der ersten Sitzung nach Ostern zu treffen.

Urteilsrevision in Bayern.

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Der Rechtsausschuss des Reichstages nahm die endgültige Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Erlass eines Gesetzes über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Urteile der Bayerischen Volksgerichte vor. Gegen das Gesetz stimmten die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Bayerische Volkspartei, so daß der Entwurf mit sechzehn gegen neun Stimmen angenommen wurde.

Im Leipziger Ipheta-Prozess ist gestern endlich die Beweisaufnahme geschlossen worden. Heute sollen die Verhandlungen mit dem Verteidiger beginnen. Dem Schluss der Beweisaufnahme gingen noch endlose Debatten zwischen Verteidigung und Staatsanwalt über neue Beweisanträge voraus. Diese wurden aber vom Gericht ausnahmslos abgelehnt.

Stürmische Landtagsitzung.

Die Notverordnungen an den Hauptauschuss. — Vertagung bis zum 28. April.

Der Landtag nahm nach der Wahl des Ministerpräsidenten eine Reihe von Eingabenberichten entgegen.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Bekämpfung der Lebererkrankung in Oberhessen wird in einer vom Landwirtschaftsausschuss vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Der Antrag des Hauptauschusses zu den Anträgen und Anfragen über die Roilage der Küstentischerei und auf Förderung der Herings- und Küstentischerei geht dahin, das Staatsministerium zu ersuchen, langfristige Amortisationsdarlehen zu möglichem Zinssatz zum Wiederaufbau der Heringsfischereilote zu gewähren sowie der Küstentischerei erhöhte Schutz zu verschaffen.

Von einem kommunistischen Redner wird die Forderung der Gewährung zinsloser Darlehen erhoben und gegen den Ausschussvorsitzenden, daß der Abschluß von Handelsverträgen die Belange der Küstentischerei und der Fischindustrie berücksichtigt werden, polemisiert.

Die Ausschussanträge werden unverändert angenommen.

Die Urträge und Großen Anträge betr. die Haftkrankheit am Frischen Haff sollen nach dem Antrag des Hauptauschusses durch die Annahme des Antrages der Demokraten in folgender Fassung erledigt werden: Das Staatsministerium ist zu ersuchen, 1. beim Landtage als einmalige Ausgabe den Betrag von zunächst 25 000 M. zur Durchführung einer planmäßigen Untersuchung durch hierfür besonders abgeordnete Sachverständige jeder der in Betracht kommenden Wissenschaften anzufordern; 2. zur Vinderung der bei den Fischern eingetretenen Not ausreichende Mittel auch unter Ueberbreitung des Haushalts zur Verfügung zu stellen.

Von den Kommunisten werden zur Vinderung der Not der Hafffischer 500 000 M. als sofortige erstmalige Ausgabe und daneben monatliche Entschädigungen gefordert, die von den schuldigen Industrieunternehmen zu zahlen seien.

Die Ausschussanträge werden unverändert angenommen.

Hierauf legt das Haus die gemeinsame Beratung der am 28. März 1925 mit Gesetzeskraft erlassenen

Notverordnungen

fort. Abg. Bied (Komm.) legt Vermehrung ein gegen die Verordnungen, die auf ungleichmäßigem Wege dem Volke aufzuerzogen worden seien. Nicht die Demokratie, sondern die Diktatur der Bourgeoisie zeige sich hier. Die Regierung sei der „Schiebung“ der Weimarer Koalition zu Hilfe gekommen, um so reaktionäre Bestimmungen zur Durchführung zu bringen. Jetzt wolle man die Entscheidung des Landtages wieder umgehen oder doch bis nach der Reichspräsidentenwahl verschoben durch Ueberweisung der Verordnungen an den Hauptauschuss.

Abg. Riedel (Dem.) bezeichnet die Opposition gegen die Notverordnung als sachlich völlig ungerechtfertigt. Die Obstruktion habe bereits bei dem Protest gegen die Nichträumung Käfens in verderblicher Weise eingesetzt; sie habe die Verabschiedung wichtiger Gesetze durch Beschlußunfähigmachung des Landtages selbst verursacht. So habe der Ständige Ausschuss die Aufgabe lösen müssen, über staatsnotwendige Entwürfe zu entscheiden. (Anhaltende Unterbrechungen rechts.) Ein ungewöhnlicher Protest habe vorgelegen. (Widerspruch rechts.) Da der Landtag nicht versammelt war, mußten zur Behebung des Notstandes Regierung und Ständiger Ausschuss in Aktion treten. Der frühere Finanzminister v. Richter habe bei gleichem Anlaß in gleicher Weise gehandelt; so seien seinerzeit nicht weniger als sieben Notverordnungen gemacht worden. Jetzt protestiere die Deutsche Volkspartei lediglich aus parteipolitischer Einstellung heraus. Typisch sei es gewesen, daß am Donnerstag der Vertreter des ostpreussischen Junkertums, Herr von der Osten, die kommunistischen Stimmen für seine Wehrheit in Anspruch genommen habe. Er habe auch Gottes Hilfe angerufen; bis jetzt habe aber der Gott der Rechten bei den Kommunisten gefehlt.

Bei diesen Worten steht ein tosender, minutenlanger anhaltender Proteststurm der Rechten ein. Die Schlußrufe wollen kein Ende nehmen. Vergeblich versucht Vizepräsident Garnich, der andauernd die Glocke schwingt, die Ruhe wieder herzustellen. Der Redner kann nicht weitersprechen. Schließlich verläßt Vizepräsident Garnich seinen Platz. Die Sitzung ist damit aufgelassen.

Die neue Sitzung.

Die 3 Uhr 17 Minuten unterbrochene Sitzung wird nach einer Viertelstunde wieder eröffnet.

Vizepräsident Garnich teilt aus dem Stenogramm den Wortlaut der Aussprache des Abg. Riedel mit. Danach hat der Redner wörtlich gesagt:

Herr Abg. v. d. Osten hat im Ton ärgster Blasphemie davon gesprochen, daß Sie mit Gottes Hilfe uns besiegen werden. Meine Herren, nicht so hoch! Bisher hat Ihr Gott immer auf der Seite gefesselt. (Heiterkeit links.) Mit der Kommunisten Hilfe haben Sie gesiegt!

Vizepräsident Garnich erklärt, er habe diese Äußerungen nicht gehört, da er ein Gespräch geführt habe; sonst hätte er den Redner sofort unterbrochen.

Hierauf steht bei der Linken, besonders bei den Demokraten und Sozialdemokraten erneuter großer Lärm ein. Zurufe: Warum?! Unerhört! Die weiteren Worte des Vizepräsidenten Garnich gehen in dem großen Lärm unter. Er erklärt schließlich, daß es seine Pflicht sei, Ruhe herzustellen, und dem Redner wieder das Wort zu verschaffen. Er bitte, die Angelegenheit mit der Rüge als erledigt zu betrachten, und den Redner weitersprechen zu lassen.

Abg. Riedel (Dem.) legt darauf seine Rede fort und erklärt: Wer sich in seinen religiösen Gefühlen durch meine Worte getroffen fühlt, sollte zunächst auf seine eigenen Worte sehen. Sie (nach rechts) haben die Hilfe Gottes gegen uns angerufen. (Großer Lärm rechts.) Die Rechte habe die Hilfe der Kommunisten immer in Anspruch genommen zum Zwecke der Staatsobernahme. (Erneuter großer Lärm. Die Deutschnationalen verlassen unter Protest den Saal.)

Man hat mir auch wiederholt „Barma!“ zugerufen. Die Wirkung dieser Worte hat die Rechte zu erproben ja am Sonntag Gelegenheit gehabt. Von dem „bringlichen“ Aufstellungsantrag der Deutschnationalen hört man nichts mehr: die Herren fürchten nichts so sehr als die Auflösung. Sie wissen ganz genau,

daß aus technischen Gründen die Neuwahl am 26. April nicht möglich ist. (Lachen rechts.) Bedauerlich ist, daß die Deutsche Volkspartei den Weg der Deutschnationalen im Ständigen Ausschuss mitgegangen ist. Hätte das Staatsministerium anders gehandelt, welche Vorwürfe wären dann von der Rechte gegen die Stilllegung der Staatsmaschine erhoben worden! Die Verordnungen werden wir genehmigen, aber nur als Notverordnungen. Die Hauszinssteuer darf in der neuen Form nur vorübergehend sein; die endgültige Regelung kann freilich nur im Reich erfolgen. Der Finanzminister ist ja berufen, an ihr tüchtig mitzuarbeiten. Aus der Steuerpolitik der Rechtsregierung im Reiche wird wohl Vieles herauskommen, wie in der Aufwertungsfrage, in der die Deutschnationalen eine schamlose Demagogie getrieben haben. Wie werden die Herren der Opposition dastehen, wenn das Urteil des Staatsgerichtshofs gegen sie ausfällt?

Abg. Herold (Ztr.) wendet sich gegen die Rechte. Das Junkertum erhebt wieder Anspruch auf Vorrechte in einer Form, die sich als Beleidigung des Volkes darstellt. (Wiederholter Beifall.) Wenn das Volk hungert, haben die Junker positive Mitarbeit zur Abhilfe zu leisten. (Lärm rechts. Ruf: Sie verhindern das ja!) Sind die Beziehungen der Deutschnationalen zu den Kommunisten näher oder zu uns? (Lärm.) Wenn Herr v. d. Osten seine Politik nach den Befehlen des heiligen Stuhls einrichten will, dann können wir in alle Zukunft in vollster Harmonie zusammengehen. (Große Heiterkeit.) Die positive Mitarbeit haben wir bis jetzt bei den Deutschnationalen vermisst. Die Zentrumspartei hat seit Jahren die Volksgemeinschaft erstrebt. (Zuruf rechts: Auf sozialistischer Basis!) Zur Volksgemeinschaft gehören auch die Sozialdemokraten. (Zuruf rechts: Illusion!) — Der Schluss der Rede wird von dem betäubenden Lärm der Rechten überhört. Das Zentrum läßt der Rede demonstrationen Beifall folgen.

Abg. Cadendorff (W. Bg.) erklärt, die Arbeit des Ständigen Ausschusses sei nicht nötig gewesen. Es habe keine Notwendigkeit vorgelegen, das Plenum bei der Entscheidung über die Notverordnungen auszuschalten. Wenn es zu Neuwahlen kommt, wir fürchten Sie nicht! (Lachen in der Mitte.)

Abg. Gieseler (Völk.) wendet sich, andauernd durch Zurufe aus der Mitte unterbrochen, mit großer Schärfe gegen die erlassenen fünf Notverordnungen, denen jede verfassungsmäßige Grundlage fehlt, und ferner gegen die sogenannten republikanischen Parteien, die sich als völlig unfähig erweisen haben, Preußen zu regieren.

Abg. Dr. Leibig (Sp.) erklärt, der Abg. Riedel scheine den Unterschied der früheren Situation, als Herr v. Richter in einem Kabinett saß, das von dem Vertrauen des Landtages getragen war, mit der neuerlichen nicht zu verstehen, wo ein Ministerium ohne Vertrauen lediglich die laufenden Geschäfte zu erledigen habe. Die Wahl Brauns wird neue harte Kämpfe in Preußen zur Folge haben. Wir stellen fest, daß Preußen ein Objekt geworden ist in der großen politischen Kombination des Zentrums auf dem Gebiete des Kampfes um die Präsidentschaft. Das wird von weiten Kreisen verstanden; für weitere Aufklärung werden wir sorgen. Ich hoffe, daß unser der Welt sein wird. (Vehementer Beifall rechts.)

Abg. Herold (Ztr.) wendet sich gegen die Angriffe der Abgg. Leibig und Graf. Eine Behauptung bezüglich der Beziehungen der Deutschnationalen zu den Kommunisten habe er nicht aufgestellt, sondern nur eine Frage an das Haus gerichtet. Für eine „Volksgemeinschaft“ mit den Rechtsparteien allein sei das Zentrum nicht zu haben. Dem Junkertum habe er nur bestritten, daß sie von vornherein als Bevorrechtete gelten müßten.

Ministerpräsident Braun hat in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten mitgeteilt, daß er die Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten annimmt.

Abg. Dr. von Campe (Dsp.): Das Zentrum ist tatsächlich immer konsequent gewesen, nämlich in der Richtung auf das Ziel, die Weimarer Koalition zu erhalten. Man gelangt nun ein „sozialistisches“ Kabinett zu, aber mit Severing als Finanzminister! (Große Heiterkeit rechts. Zurufe links: Wir treiben kein Spiel mit Worten! — Lachen links.) Ueber die Einzelheiten des Beamtensabinetts habe die Deutsche Volkspartei von Herrn Marx nichts erfahren können. Herr Herold aber habe auf „unsere lieben Brüder“ von der anderen Fakultät, die Sozialdemokraten, hingewiesen. (Heiterkeit.) Jetzt wisse man doch, jezt, nach der heutigen Wahl, wohin die Reise gehe. Unter einem Staatspräsidenten wäre eine fünftmal wiederholte Ministerpräsidentenwahl unmöglich. Das Zentrum hat alle Versuche, auf einer anderen Grundlage eine Regierung zu bilden, sabotiert. (Große Unruhe im Zentrum.)

Abg. Herold (Z.): Ohne das Austreten der Deutschen Volkspartei bestände die Große Koalition wohl heute noch; die Dauerkrise ist also direkt auf diesen Austritt zurückzuführen.

Abg. Schmeizer (Z.) polemisiert gegen Äußerungen, die Vertreter der Deutschen Volkspartei wie Stendel und v. Campe einestels gegen das Zentrum, andererseits gegen die Deutschnationalen getan haben, um die Inkonsequenz der Deutschen Volkspartei in ihrer Stellungnahme vor und nach dem Auseinandergehen der Großen Koalition zu illustrieren. Er verliest zu diesem Zweck eine Reihe von Wahlsflugblättern.

Damit schließt die Aussprache.

Abg. Gieseler (Soz.) gibt zur Erwähnung, nicht erst in die Einzelbesprechung einzutreten, sondern die 5 Verordnungen ohne Einzelberatung dem Hauptauschuss zu überweisen. Der Antrag findet Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der Weimarer Koalition und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Angenommen wird ebenfalls der sozialdemokratische Antrag auf Ueberweisung der Notverordnungen an den Hauptauschuss. — Das Haus vertagt sich hierauf auf den 28. April. Als erster Gegenstand sieht die Entgegennahme der Regierungserklärung auf der Tagesordnung. Ein Antrag der Kommunisten, morgen eine Sitzung abzuhalten und über den Antrag auf Auflösung des Landtages zu beraten, wurde abgelehnt. Dafür stimmten die Deutschnationalen, die Völkischen und die Kommunisten. Abrechnung fand gleichfalls der deutschnationale Antrag, die nächste Sitzung bereits am 13. April abzuhalten. Dafür stimmten die ganze Rechte und die Kommunisten. Schluss 7 Uhr 10 Minuten.

Der Magdeburger Prozeß vertagt.

Nach acht Wochen beginnt die Sache von vorn.

Gestern war in Magdeburg gewissermaßen ein „sensationaler“ Tag. Ebert ist tot. Verleumdungen gegen ihn sind deshalb zwecklos geworden, dafür kommen andere an die Reihe. Scheidemann ist jetzt das nächste Objekt. Aber Scheidemann kann nicht erscheinen, nicht nur sein Berliner Hausarzt bekundet als Sachverständiger vor Gericht, daß eine Vernehmung unmöglich ist, auch der auf Wunsch der deutschnationalen Verteidiger geladene Direktor des Sudeburger Krankenhauses, Prof. Dr. Schreiber, Magdeburg, muß ein gleiches Urteil abgeben.

Herr Lütgebrune beantragt, inzwischen die Weltgeschichte noch etwas eingehender zu untersuchen. Wenn es nach dem Wunsche dieser Herren ginge, würde das Gericht wahrscheinlich die ganze Geschichte der Sozialdemokratie — von ihrer Entstehung an — zu untersuchen

haben. Sicher könnte man ein höchst sachverständiges Urteil erwarten. Geht es nach dem Willen der Verteidigung, dann kann der Prozeß in diesem Sinne jahrelang dauern.

Ueber die Ladung Scheidemanns entspinnt sich noch eine längere Debatte. Der Staatsanwalt besteht aber auf ihr. Schließlich kommt das Gericht nach zweieinhalbstündiger Beratung zu dem Ergebnis, daß es auf die Vernehmung Scheidemanns nicht verzichten kann. Da seine Wiederherstellung vor zwei Monaten nicht zu erwarten ist, muß Vertagung erfolgen. Bei der Wiederaufnahme werden wir die Freude erleben, daß alles, was in wochenlanger Arbeit vom Gericht zusammengetragen ist, noch einmal wieder durchgearbeitet werden muß.

Selbstverständlich wird sich dann schließlich kein Mensch mehr um diesen Prozeß kümmern. Die Verleumdungen haben sich selbst zu Tode gelacht. Kein Barma! und kein Magdeburger Prozeß werden den deutschnationalen Reinfall verhindern.

Gewerkschaftsbewegung

Montag Aussperrung der Metallarbeiter.

Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns mitgeteilt: Gestern fanden wegen des Streiks der Kupferschmiede mit dem Verband Berliner Metallindustrieller Verhandlungen statt. Diese führten zu keinem Ergebnis. Die Vertreter der Arbeitgeber wollten sich auf den Standpunkt, daß, wenn der Verdienst der Kupferschmiede nicht hoch genug wäre, diese aus ihren Afforden noch mehr herauszuholen. Auf einer derartigen Grundlage war natürlich die Fortführung einer Verhandlung nicht möglich. Die Vertreter der Arbeiter wiesen nach, daß die bestehenden Afforden so kalkuliert sind, daß keine Möglichkeit besteht, irgendeinen Mehreinkommen aus den zurzeit bestehenden Afforden herauszuholen. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat dem Deutschen Metallarbeiterverband mitgeteilt, daß, wenn bis heute vormittag 10 Uhr die Erklärung nicht abgegeben worden ist, daß die streikenden Kupferschmiede am Montag die Arbeit wieder aufnehmen wollen, dann ab Montag in den vier Lokomotivfabriken, das sind Borzig, H.C.G. Hennigsdorf, Schwachkopff-Wildau und Orenstein u. Koppell und in der H.C.G.-Turbinenfabrik circa 7800 Leute zur Entlassung kommen müßten.

Der Standpunkt der Arbeitgeber ist ein unhaltbarer. Er ist bewußt angelegt auf einen Konflikt in der Berliner Metallindustrie. Anstatt zu versuchen, durch gütliche Verhandlungen die Differenzen aus der Welt zu schaffen, stellt man sich auf den Herren-im-Haus-Standpunkt und sagt den streikenden Kupferschmieden: „Ihr könnt mehr verdienen, ihr müßt euch nur etwas mehr anstrengen.“ Auf der anderen Seite stellt man zu gleicher Zeit ein Ultimatum und sagt, wenn das Ultimatum bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht erfüllt ist, wird man dann den anderen Arbeitern die Hungerpein zeigen, um auf diese Art und Weise auf die streikenden Kupferschmiede einen Druck auszuüben. Es wird dem Arbeitgeberverband nicht gelingen, die Arbeiter gegeneinander zu hetzen, sondern die Streikenden und die Aussperrten werden aus dem Vorgehen des D.V.M. ihre Schlussfolgerungen ziehen.

Die Unternehmer in der Berliner Metallindustrie stellen sich also auf den unverföhlichen Scharfmacherstandpunkt. Wir haben diesen Aussperrungsbeschluss vorausgesehen. Es muß die Partei und Genossen wieder einmal, die Arbeiter ihre Macht fühlen zu lassen. Sie rechnen damit, daß die bolschewistische Zerstörungsoffensive noch heute so stark nachwirkt, um einen erfolgreichen Widerstand gegen die Unternehmer unmöglich zu machen.

Es wird schließlich von den Metallarbeitern abhängen, ob die Rechnung der Herren im D.V.M. stimmt. Es kann und darf nicht Aufgabe einer Zeitung sein, den gewerkschaftlichen Organisations-Verhaltensmaßnahmen über ihre Tattat zu geben. Darüber haben allein die Mitglieder und die Funktionäre der Organisationen zu bestimmen. Wir können aber wohl sagen, daß selbst die Herren vom D.V.M. sich niemals erlauben würden, in so rücksichtsloser Weise gegen die Arbeiter vorzugehen, wenn diese den bolschewistischen Zerstörern nicht in so großem Maße gefolgt wären.

Gewiß hat inzwischen die große Mehrheit der Metallarbeiter den Bolschewisten den Laufpaß gegeben und der Rest nimmt die Parolen der Moskowiter mit großem Mißtrauen auf. Leider aber hat noch ein großer Teil der Metallarbeiter nicht die Konsequenz aus seiner Erkenntnis gezogen, d. h. noch nicht den Weg zur Organisation zurückgefunden. Das müssen die Unternehmer natürlich ganz genau, besser vielleicht noch als die Arbeiter selbst. Darauf beruht heute die Kraft der Unternehmer, von der sie rücksichtslos Gebrauch machen.

Darin liegt aber auch das Heil der Arbeiterschaft. Denn jetzt wird jeder begreifen, daß es nicht mit „rabiaten“ Redensarten getan ist und daß den Unternehmern nichts weniger imponiert als eine Arbeiterschaft, die unter Umständen wohl schimpft, aber versäumt hat, rechtzeitig ihre gewerkschaftliche Pflicht zu erfüllen. Es wird jedem

Mar sein, wie verbrecherisch das Treiben der Ausgehalteten von Moskau ist, die gerade den Augenblick wählen, in dem die Unternehmer einen hinterhältigen Angriff gegen die Metallarbeiter ausführen, um ihrerseits eine infame Hege gegen die gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter zu unterstützen. Damit muß die Metallarbeiterchaft Berlins jetzt endlich auf-räumen!

Die Holzarbeiter zu ihrem Verbandstag.

Die vor kurzem durch Urwahlen neu zusammengesetzte Generalversammlung des Berliner Holzarbeiterverbandes nahm am Donnerstagabend Stellung zu den bevorstehenden Tagungen der Verbandsförperschaften. Am 18. und 19. d. M. findet in Berlin eine Tagung des Bundes Brandenburg statt, auf der etwa 36000 Verbandsmitglieder durch Delegierte vertreten sein werden. Von der Generalversammlung wurde dem Gattag ein Antrag überwiesen, der verlangt, daß die Arbeiter derjenigen Provinzbetriebe, die ihre Produkte ausschließlich nach Berlin liefern, in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht schlechter gestellt sein sollen, als die Berliner Holzarbeiter. Zu Delegierten wurden in geheimer Wahl gewählt: Freigang, Boese, Picht, Schloffer, Riase und Ehrlich.

Bei der Stellungnahme zum Verbandstag in Stuttgart betonte Bevollmächtigter Freigang, daß dieser Verbandstag der erste sei, der nach den stabilisierten Verhältnissen stattfindet, und der deshalb von besonderer Bedeutung sei. Besonders wird der Vorstandsbericht und die Stellungnahme zur Lohn- und Vertragspolitik der Unternehmer Interesse haben. Daneben wird der Gewerkschaftskongress in Breslau und der Internationale Holzarbeiterkongress behandelt werden; die Beratung der Statutenänderungen und der eingelaufenen allgemeinen Anträge werden folgen.

Einen breiten Raum nahm die Behandlung der von der Mitgliedschaft eingebrachten Anträge zum Verbandstag ein. Ein Antrag, der betonte, daß die Einigung der Amsterdamer und der Moskauer Gewerkschaftsinternationale nur auf dem von Amsterdamer eingeschlagenen Wege möglich ist, wurde mit großer Mehrheit angenommen. In einem ebenfalls angenommenen Antrag wird verlangt, daß die Streikunterstützung und die Arbeitslosenunterstützung nach Weggabe der Kassenverhältnisse erhöht werden. Die Kommunisten hatten, wie üblich, eine ganze Anzahl von Anträgen eingebracht, die alle erdenklichen Angelegenheiten behandelten und die meist den Charakter reiner Agitationsanträge hatten. Dabei postierte ihnen das Mitglied, daß sie in einem Antrag die gewerkschaftliche Einheitsfront forderten, in einem anderen aber die Sanktionierung der Fraktionsbildung haben wollten. Die Generalversammlung gab sich Mühe, allen Anträgen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, konnte den kommunistischen Anträgen aber nicht zustimmen. Genosse Siegle las eine Resolution an den Verbandstag vor, die zur notwendigen Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung im Sinne der Tagung der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände Stellung nimmt. Die Generalversammlung stimmte dem zu. Am Schluß der ausgedehnten Versammlung wurden die Vorschlagslisten für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag festgelegt.

Zum Tariffreit in den Bauhofsereien.

In dem Tariffreit zwischen dem Schuherverband der Bauhofsereien und dem Deutschen Metallarbeiterverband ist nach vorausgegangen Verhandlungen zwischen den Parteien ein Spruch des Schlichtungsausschusses ergangen, der die Arbeitszeitmindernde der Arbeiter teilweise unbefriedigt läßt. In der Jahres-Branchenversammlung am Freitag wurde die Beschlußfassung über den neuen Vertrag für eine spätere Versammlung vertagt.

Einigung im Fuhrgewerbe.

Nach schwierigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss und einem vor diesem mit Zustimmung der Parteien eingeleiteten Schiedsgericht, unter Vorsitz des Schlichters Bissell und des Gewerbers Kärner, sind die im Fuhrgewerbe bestehenden Differenzen beigelegt worden. Durch Schiedspruch, welcher für beide Teile verbindlich ist, ist der Hauptstreitpunkt, Beilegung der im alten Tarif vorgesehenen Bestimmung, daß Heberarbeit bis zu drei Stunden pro Woche im Wochenlohn einbezogen ist, durch Herausstreichen aus dem Vertrag zugunsten der Arbeitnehmer erledigt worden. Das gesteckte Ziel, die 48stündige Wochenarbeitszeit zurückzuerobieren, ist damit erreicht. Des weiteren sind Verbesserungen in puncto Zahlung des Lohnes

bei Betriebsunfällen sowie in der Lohnhöhe selbst durchgeführt worden.

In einer überfüllten Versammlung, die am Donnerstag im Dresdener Garten lagte, berichtete John vom Deutschen Verkehrs-bund über die Verhandlungen. Die Versammelten gaben ihrer Befriedigung über den durch die Organisation erzielten Fortschritt in der Arbeitszeitfrage Ausdruck, monierten aber das geringe Entgegenkommen des Innungsvorstandes zu den übrigen Forderungen, insbesondere der Lohnhöhe.

Der neue Tarifvertrag nebst Lohnabkommen sind unter Vorzeigung des Verbandsbuches im Bureau des Deutschen Verkehrs-bundes, Engelauer 24/25, Zimmer 3 oder 32, erhältlich.

Der Seifenarbeiterstreik beendet.

Auf Grund eines von den Parteien vereinbarten Schiedsgerichts unter Vorsitz des Gewerbers Körner ist der Seifenarbeiterstreik beendet.

Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin, SO. 16, Engelauer 24/25.

Eine kommunistische Mehrheit gebrochen.

Bei der Firma C. Lorenz in Tempelhof, die einschließlich der Angestellten etwa 2000 Beschäftigte hat, fand in dieser Woche die Neuwahl des Betriebsrates statt. Während bisher der Betriebsrat sich ausschließlich aus Kommunisten zusammensetzte, die unter Leitung eines gewissen Wisniemski ihre Parteipolitik im Betriebsrat trieben, ist es jetzt mit der Vorherrschaft der Kommunisten vorbei. Für die Liste der freien Gewerkschaften wurden 577, für die kommunistische Liste 919 Stimmen von der Arbeiterschaft abgegeben. Die Angestellten haben jedoch geschlossen die Liste des D.V.B. Bundes gewählt. Der neue Betriebsrat wird nunmehr eine Mehrheit aus den Anhängern der praktischen Gewerkschaftsarbeit haben; der Oberdemagoge Wisniemski verliert seinen Vorherrschaften und wird sich, da es auch mit einem Reichstagsmandat nichts geworden ist, nach einer anderen Betätigung in der SPD umsehen müssen. Für die Arbeiterschaft von Lorenz ist die Zeit der kommunistischen Alleinherrschaft im Betriebe eine heilsame Lehre gewesen. Sie hat den Wisniemski-Leuten die Duitung dafür gegeben, daß dieser es magte, die Vertreter des Metallarbeiterverbandes aus den Betriebs-versammlungen zu weisen, weil sie „Betriebsstempel“ seien.

Einigung in der Münsterschen Metallindustrie.

Münster i. W., 3. April. (Mit.) Im Lohnstreit in der Metallindustrie von Münster ist eine Beilegung erfolgt. Der Grundlohn wird vom 1. April ab um 10 Proz. erhöht, was für die Ortsklasse A eine Erhöhung des Stundenlohnes von 54 auf 59 Pf. bedeutet.

Dodarbeiterstreik in Dünkirchen.

Paris, 3. April. (ZL.) 600 Dodarbeiter haben in Dünkirchen infolge Lohnhöhen mit den Arbeitgebern die Arbeit niedergelegt. Sie beanspruchen eine tägliche Zulage von 2 Frank. Man fürchtet, daß die Bewegung sich weiter ausdehnen wird.

Genosse Heinrich Barwig vom Deutschen Verkehrs-bund teilt uns mit, daß er mit dem zu Gehörnis verurteilten Kommunisten Heinrich Jarwig nicht identisch ist.

Los von Moskau — überall. Bei den Betriebsrätemahlen in den Bismarck-Eisenwerken, der großen sächsischen Rüstungsfirma, brachten es die scheidenden Sozialdemokraten zu 11 Mandaten, das sind zwei mehr als bisher. Diese zwei Mandate haben die Kommunisten verloren.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltungsbüro Berlin, Jalousiearbeiter: Beilegung aller in der Jalousiebranche beschäftigten Kollegen, am Montag, den 6. April, nachmittags 3^{1/2} Uhr, Kungstr. 30.

Arbeitnehmer der Film-Industrie. Sonntag vormittag 10 Uhr im Altes Kaserne, Anhalterstr. 11, Zusammenkunft aller Mitglieder des Deutschen Film-gewerkschaft.

Verantwortlich für Politik: Ernst Renner; Wirtschaft: Arthur Göttermann; Gewerkschaftsbewegung: Felix Glöckner; Reichsverband: Dr. John Schlotowski; Redaktionen: Erik Karkühl; Anzeigen: H. Glöckner; Sammelstellen: Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Berlin; Verlagsanstalt: Teut. Verlag u. Co., Berlin SO. 68, Lindenstraße 2, Sirex 2 Verlag und „Neuerhaltung und Wissen“.

Großer Frühjahrjahrs-Verkauf

Frühj.-Mäntel Kleiderröcke Jumper Kasak	Tuch, Do-nagel, Covercoat, (gewirnt) moderne wollene Schotten und in Covercoat... aus gutem haumwollenen Cröpe mit Handdruck, in modernen Farben.... aus gutem Wollmusselin, in schönen bunten Dessins, ca. 80 cm lang	39 ⁵⁰ 29 ⁵⁰ 19 ⁷⁵ 4 ⁷⁵ 3 ⁹⁰ 9 ⁷⁵	Jackenkleider Vollvollekleid Unterkleid Kasak	mod. Ausführungen und Stoffe aparte gedruckte Muster	49 ⁵⁰ 39 ⁵⁰ 29 ⁵⁰ 5 ⁹⁰ 4 ⁷⁵ 9 ⁷⁵
--	---	---	--	---	---

Herren-Halbschuhe Eleg. Damen-Halbschuhe	Damen-Strümpfe Schweiss-Socken für Herren	Haltbare Hosenträger Perkal-Schillerhemd	Damen-Schlüpfer Damen-Hemd-hosen	Wiener Schürzen Jumper-Schürzen
16 ⁵⁰ 18 ⁰⁰	95 95	1 ⁷⁵ 5 ⁹⁰	1 ⁴⁵ 3 ⁴⁵	1 ⁴⁵ 1 ⁹⁵

Fortsetzung unseres grossen Handschuh-Verkaufs

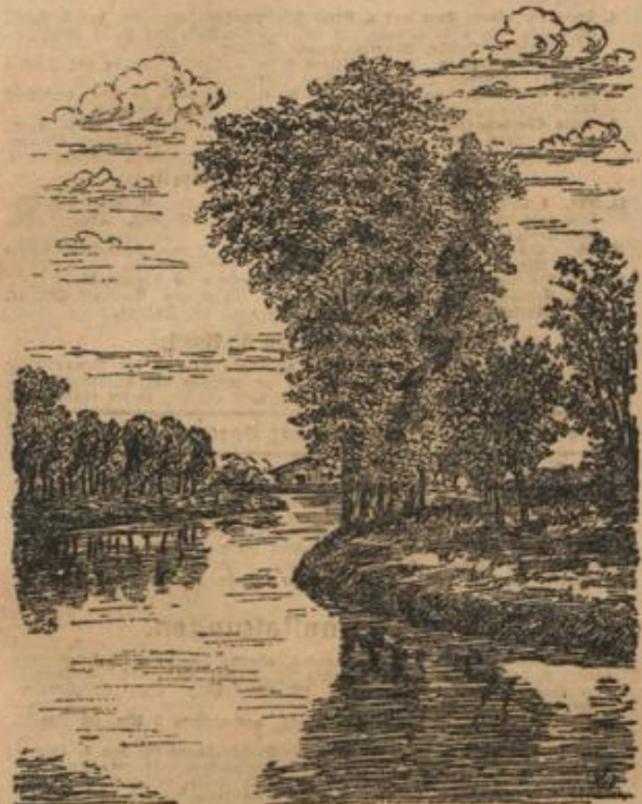
Herren-Handschuhe Damen-Handschuhe	Damen-Handschuhe	Damen-Handschuhe	Damen-Handschuhe	Damen-Handschuhe
4 ⁹⁰ 4 ⁹⁰	4 ⁹⁰	3 ⁹⁰	4 ⁵⁰	2 ⁹⁰

HERMANN TIETZ

Hinaus in den Frühling.

Moosbruchheide und Brielalang.

Vom letzten Hauptbahnhof fahren wir mit dem Ravenser Bor-
erzug über Spandau nach Finkenkrug. Sobald wir den Bahn-
hof verlassen haben, sind wir im Kiefernwald. Rördlich der Bahn
gehts, möglichst in ihrer Nähe bleibend, gen West. Den Waldrand
besäumt ein ziemlich dichtes Gebüsch, aus dem vielfach die schlanken
Gerten der Hasel austreten. Der Haselstrauch steht in Blüte;
er gehört zu den ersten Boten des Frühlings, der nach diesem milden
Winter besonders frühzeitig auf den Plan tritt. Die Blüten der



Erlen am Bach

Hasel sind unscheinbar, wir müssen sie suchen; nicht im Schmuck
harter Blumen prangen die Äste, auch kein Duft emströmt den
Blüten. Die Hasel gehört zu den Windblütlern: sie bedarf daher
nicht der Lockmittel, die jene Pflanzen haben müssen, bei denen die
Insekten die Befruchtung vermitteln, unscheinbar sind ihre Blüten;
als grünlich-gelbe Köpfchen hängen die männlichen Blüten lose be-
weglich an den Ästen. In ungeheuren Mengen bergen die
Köpfchen den Blütenstaub, der von dem Wind in leichte Wölftchen
herausgestäubt wird. Die einzelnen Staubföhrchen sind so leicht,
daß sie der Wind zu tragen vermag und weithin entführt, bis das
eine oder das andere das Glück hat, auf eine weibliche Narbe zu
geraten. Die weiblichen Blüten drängen sich wohlgeriebt in ihren
Knospenhüllen zusammen und stecken nur zwei dünne rote Narben
heraus. Wenn wir den Haselstrauch aufmerksam betrachten, dann
werden wir bald die zierlichen roten Haselnüßchen finden, die darauf
warten, daß ihnen der Wind die männlichen Staubföhrchen zuecht.
Wenn die Befruchtung geschehen ist, dann entsteht während des
Sommers in der aus Deckblättern gebildeten Hülle die Frucht, die
uns als Haselnuß wohlbekannt ist. — Bei dem nächsten Bahnüber-
gang überschreiten wir die Eisenbahn und wandern nun am Rande

von Wald und Luch weiter. Rechts haben wir die Moosbruchheide,
während sich links eine Bußt des Havelländischen Luchs
erstreckt. Auf dem feuchten Bielengrund des Luchs, der häufig
röllig unter Wasser steht, sehen wir die zahlreichen Blüten und
Knospen der Sumpfdotterblume. Ihre Knospen sind noch ge-
schlossen, sie werden von spärlichen Hausfrauen gesammelt und in
Essig eingemacht, um als Kaperersatz verwandt zu werden. Zu
den Sumpfdotterblumen kommen dann die Hahnenfußgewächse mit
ihren gleichfalls gelben Blüten. Im Frühlingsanfang herrscht der
gelbe Farbenton auf unseren Wiesen vor. Alle die anders gefärbten
Blüten stellen sich erst nach und nach ein, bis im Vorfröhrer dann
das prächtige bunte Muster entstanden ist, das die verschiedenen
Blüten in den farbigen Teppich des Wiesenplans gewebt haben.

Frühlingwald.

Wir bleiben immer möglichst nahe am Waldrand. Ein schöner
Rischwald von Birken, Rotbuchen und Kiefern ist es, von Hain-
buchen und Haselgebüsch und manch anderem Strauchwerk am
Rande eingefaßt. Auch die Erle finden wir hier wie an den
Luchgräben. Wir können uns kaum ein Fiechuser oder ein
lumpfiges Waldgelände vorstellen, auf dem nicht die Erle wachsen
würde. Sie verleiht ihrer Umgebung ein ernstes, düsteres Aussehen
und dämpft dadurch die sprudelnde Lebensluft, die sich im Frühling
offenhalten regt. Auch das Moor nimmt durch die Erle ein
unheimlich scheinendes Gepräge an, besonders zur Zeit der
Dämmerung. Alte Sagen- und Märchengestalten glauben wir
dann aus dem feuchten Grunde aufsteigen zu sehen, und Erzählungen
aus der früheren Zeit werden in uns wieder lebendig. Meisterhaft
schildert Goethe eine solche Erlebruchlandschaft mit all ihren ver-



Blüte und Frucht der Erle

meintlichen Schrebnissen in seinem Erlkönig. Der Stamm der Erle
ist dunkel, fast schwarz. Der Baum erhält dadurch ein finsternes
Aussehen, das kaum etwas von Fröhrlichkeit aufkommen läßt. Das
Holz der Erle ist braunlichrot; hiernach wird der Baum auch
Katererle genannt. Wenn wir einen Stapel Katererholz sehen,
dann können wir sofort das Erleholz herausfinden. Auch die

Erle hat jetzt ihren Blütenkor angetan. Die Staubblüten (männ-
lichen Blüten) stehen um eine gemeinliche herabhängende Spindel
(auf dem Bilde links). Die Samenblüten (weiblichen Blüten, auf
dem Bilde oben) werden nach der Bestäubung zu
kleinen Kapseln, die denen der Kadelbäume ähneln. Im Winter
nach der Bestäubung verlassen die ungefügelten Samenmütter die
Kapseln (auf dem Bilde rechts). Gleich der Hasel gehört auch die
Erle zu den Windblütlern. Diese müssen zu einer Zeit blühen,
in der stetige Winde vorherrschen, also im Fröhringsanfang. Außer-
dem haben die Pflanzen in dieser Jahreszeit noch keine Belaubung,
die der Verbreitung des Blütenstaubes hinderlich sein könnte. Auch
ist es bezeichnend für die Windblütlern, daß die Blütenteile, die den
männlichen Blütenstaub erzeugen, außerordentlich leicht beweglich
mit dem übrigen Pflanzkörper zusammenhängen. Der Wind
kann daher die winzigen Staubföhrchen leicht davonführen. Um
so zeitig blühen zu können, werden die Blüten im Herbst des vor-
hergehenden Jahres vorgebildet. Sie überwintern fertig, und ein
etwas wärmerer Fröhringshauch bringt sie dann zur Entfaltung.
Hasel und Erle sind die ersten, die uns in jedem Jahr das ewige
Wunder vom Neuerstehen jungen Lebens vorführen. Die Erle, wie
überhaupt die Bäume und Sträucher des heimatischen Waldes,
werden besonders eingehend und mit naturtrohen Worten geschildert
in dem Werk des unergötlichen Curt Gottewitz „Unser Wald“,
das in der „Vorwärts“-Buchhandlung und bei sämtlichen „Vorwärts“-
Expeditionen zu haben ist.

Unser Weg geht schließlich waldbwärts zum Forsthaus
Bredow. Gegenüber dem Forsthaus führt ein Weg am Westrand
der Wiese zur Bahn; wir überschreiten diese und streben nun durch
die noch junge Siedlung Brielalang zur Chaussee, die den Briel-
alang gen Nordost durchzieht. Sobald wir dieses Waldgebiet erreicht
haben, wandern wir auf einem der Quergelände, p oder o, nach links
und dann wieder auf einem der rechtwinklig schneidenden Geste-
wege, l oder m, nach rechts bis zu dem breiten Falkenhagener
Luchweg, dem wir gen Osten folgen. Der Brielalang ist ein Laub-
waldgebiet, das sehr viele sumpfige Stellen aufweist. Auch hier
treffen wir vielfach die Erle an, die an manchen Stellen unbetrie-
bare Erlebruchwälder bildet. Die Rüden, die im Sommer
den Aufenthalt in dieser Gegend zur Qual
machen, sind noch nicht zu spüren. Außer an Rüden ist
der Brielalang auch an anderen Insekten reich; wenn die Jahreszeit
erst weiter vorgerückt sein wird, dann sind hier wieder die entomolo-
gischen Naturfreunde anzutreffen.

Der Luchweg endet an der Chaussee, am Rande des Briel-
alang. Vor uns liegen die weiten Wiesen des Havelländischen Luchs,
im Norden von dem Höhenrand des Glien begrenzt. Rechts in der
Nähe der Alte Finkenkrug, von hochstämmigen alten
Kostanien überragt. Wir folgen jetzt der Straße gen Südwest über
Forsthaus Finkenkrug zum Bohnhof Finkenkrug. Weglänge etwa
12 Kilometer.

Das Wiener Jugendhilfswerk.

Vor wenigen Tagen brachten wir einen ausführlichen Artikel
über „Die Erholungspflege der Stadt Berlin“. Wir
sprachen von dem ungeheuren Elend, das heute noch — sechzehn-
einhalb Jahre nach dem Kriegsende! — unseren Kindern die Jugend
raubt und wiesen demgegenüber auf die ungeheuerliche Latiache
hin, daß im Etatsjahr 1925 von der Finanzverwaltung der Stadt
Berlin im Höchstfalle ganze 200 000 M. für die Kindererziehung
bewilligt werden sollen, obwohl dieses Gebaren selbst rein vom
finanziellen Standpunkt aus gesehen, sehr kurzfristig ist. Liebt
verzinst sich nicht bloß in Herzen.

Im rechten Moment erscheint da das offizielle Jahrbuch
1924 vom Wiener Jugendhilfswerk. Wien, das, wie
wir wissen, in vieler Beziehung vorbildlich ist, ist auch in bezug auf
Erholungsfürsorge vor dem trübseligsten Zustande, der hier häufig
und ja auch bei uns in Berlin besteht, dank dem „Wijug“ be-
wahrt. Nach seinen Satzungen ist das Wiener Jugendhilfswerk
eine Fürsorgeeinrichtung der Gemeinde Wien und der freiwilligen
Jugendfürsorgeorganisationen. Aufgabe ist Organisation und Durch-
führung der Erholungsfürsorge für die gesundheitlich geschädigte
oder gefährdete Wiener Jugend. Zur Erzielung dieses Zweckes
dienen Zuwendungen an barem Gelde oder an Lebensmitteln durch

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

14]

Im Spätherbst erkrankte der Onkel. Er kehrte eines
Tages durchnäht vom Moor heim und wurde von einem
rheumatischen Fieber befallen. Es war sein Stolz, daß er
niemals einen Lieberrock trug. Anthony fand ihn aufrecht im
Bett liegend. Ein besessener Tischler hielt an der Decke eine
Art Flaschenzug befestigt, an dem sich der Onkel hochziehen
konnte. Der alte Simon hielt bei ihm Wache, das Kinn auf
die Bettdecke gelegt. Auch Simon hatte in den beiden vorher-
gegangenen Wintern an Rheumatismus gelitten und schien
seinen Freund zu verstehen.

„Sag es nicht der Tante,“ flüsterte der Onkel, „sonst
werden sie mich von allen Seiten umgeben, und ich werde keine
Ruhe haben, aber ich fühle, daß es mit mir zu Ende geht. Ich
hoffe, es wird mir gelingen, mich unbemerkt aus dem Staub
zu machen.“

Anthony fragte, ob er etwas für ihn tun könne. Er hatte
den Onkel stets gern gehabt; ein geheimes Band bestand
zwischen ihnen.

„Kümmere dich um den alten Keer,“ bat der Onkel, „falls
ich früher sterben sollte.“ Er streckte den steifen Arm aus, legte
ihn dem alten Simon auf den Kopf. „Am vierzehnten wird
er neunzig Jahre alt, wenn wir annehmen, daß einem
Menschenjahr sechs Hundejahre entsprechen. Und ich bin fünf-
undsechzig. Wir haben es beide ganz weit gebracht.“

Anthony zog einen Stuhl ans Bett und setzte sich zwischen
die beiden. „Gibt es nichts, worüber du reden möchtest?“
fragte er. Der alte Mann verstand ihn und schüttelte den Kopf.
„Ich habe unentwegt davon gehört und darüber gesprochen,“
meinte er. „Und bin nie zu einem Ergebnis gelangt.“ Er
schwieg eine Weile, rang mit seinen Schmerzen. Dann fuhr
er fort: „Selbstverständlich glaube ich an Gott. Es muß irgend
jemand geben, der das Ganze monoged. Aber das, was die
Leute von ihm erzählen, konnte ich nie hinunterschlucken. Es
läßt sich nicht mit dem Verstand vereinbaren.“

„Fürchtest du dich nicht?“, fragte Anthony nach einer
kurzen Pause.

„Weshalb sollte ich Angst haben? Gott kennt mich. Er
wartet nichts Außergewöhnliches von mir. Bin ich zu etwas
gut, so wird er mir schon eine Anstellung finden. Wenn
nicht...“

Der alte Simon war näher gekommen. Mensch und Hund
Mähen einander in die Augen.

„Ob es wohl dort Hunde gibt,“ spitzte die der alte Mann.
„Ich sehe nicht ein, weshalb es keine geben sollte. Wenn Gott
Sinn für Liebe, Treue und Selbstlosigkeit hat, weshalb sollte
er dich dann nicht brauchen können, mein Alter?“ Er lachte.
„Laß die Tante nicht wissen, daß ich das gesagt habe,“ warnte
er Anthony. „Sie macht sich ohnehin genug Sorgen um mich,
das arme alte Mädchen.“

Die Tante hatte auf eine Befehung auf dem Totenbett
gehofft, doch kam das Ende ganz unerwartet in der Nacht.

„Er war kein schlechter Mensch,“ meinte sie weinend.
„Deshalb hoffte ich bis zum Ende, daß ihm die Wahrheit offen-
bart würde.“

Anthony versuchte sie zu trösten. „Vielleicht erkannte er
sie, da er allein war.“

Die Tante klammerte sich an diesen Gedanken.

Auch das Begröbnis verurteilte ihr neue Sorgen. Es
war ihr gelungen, die ersuchte Stelle unter dem Weidenbaum
zu erstehen. Sie hätte den Gatten gerne dort, neben sich, liegen
gesehen, doch waren seine Ansichten in der Gemeinde allzu be-
kannt. Die Leute wollten den alten Mann nicht unter sich
buddeln. Auf dem großen Friedhof gab es für Seinesgleichen
eine öde verlassene Ecke. Wurde er aber dort begraben, so
hieß dies, alle Hoffnung fahren lassen. Dorthin würde sich Gott
niemals wagen. Anthony schlug vor, sich an die Anglikaner
zu wenden. Er übernahm es, mit dem Pfarrer zu reden, einem
gütigen alten Herrn, der keine Fragen stellen würde. Er traf
ihn in der Sakristei. Es hatte eben eine Sitzung des Kirchen-
vorstandes stattgefunden. Der ehrwürdige Herr Sheepskin
war ein rundlicher blauäugiger Mann. Er hatte bereits von
Anthonys Onkel gehört. „Eine harte Nuß,“ hatte das allge-
meine Urteil gelaunt.

„Aber, wie ich höre,“ fügte der Pfarrer hinzu, „war er
stets bereit, allen Ansichten zu lauschen. Vielleicht lag die
Schuld bei uns. Wir gingen nicht auf die rechte Art vor.“

Irgend etwas trieb Anthony, dem Pfarrer die Worte des
Onkels zu widerlegen, die dieser zu ihm gesprochen hatte, da
er noch ein kleines Kind gewesen, nämlich, wie anders die Welt
aussehe, glaubten die Menschen tatsächlich das, was sie zu
glauben vorgeben. Nachher bedauerte er es, denn der alte
Pfarrer verharrete eine Weile stumm. „Was erwiderten die
Menschen darauf?“, erkundigte er sich schließlich. „Sagte er
es Ihnen?“

„Er erklärte, daß er auf diese Frage niemals eine Ant-
wort erhielt,“ erwiderte Anthony.

„Auch ich träumte einmal derlei Dinge.“ Es dunkelte in

der Sakristei, und vielleicht hatte der alte Mann völlig den
jungen Anthony vergessen, der in den Schatten verschwand.
„Ganz für Christus leben, an nichts anderes denken. Fragt
nicht: „Was werden wir essen, was werden wir trinken und
womit werden wir uns bekleiden?“ Der Glaube ist eine ge-
waltige Sache.“

Run schrie er sich plötzlich an den Burfschen zu erinnern,
der in den Schatten lag. „Die meisten von uns, Stron'uth'arm,“
sprach er, „glauben, es genüge diese Lehre zu wiederholen, an
der rechten Stelle zu verkünden. Aber das stimmt nicht.
Nimm dein Kreuz auf dich und folge mir nach. Da beginnt
die Schwierigkeit. Es ist leicht, mit gefalteten Händen zu beten.
Aber das Kreuz auf sich nehmen, es mit schmerzdem Kopf
und gedugten Schultern tragen, das ist das Schwere.“

Er erhob sich, stieß den Sessel zurück, der knarrend über
den Holzboden glitt.

„Sehen Sie,“ meinte er, „es handelt sich ja nicht nur um
einen selbst. Ein alleinstehender Mensch vermöchte es zu tun.
Darin hat die katholische Kirche recht. Aber auch bei ihr geht
es nicht, wie es sollte. Die Welt bemächtigt sich unser. Der
wiedelste des Monats ist heute?“, fragte er unvermittelt.

„Der fünfte Dezember,“ antwortete Anthony.

„Drei Wochen vor Weihnachten.“ Der alte Pfarrer schritt
in dem kalten Raum auf und ab. „Wissen Sie, was Weih-
nachten für mich bedeutet? Wenn Sie älter sind, werden Sie
es wissen. Metzger, Bäcker, Schusterrechnungen; — es ist
unheimlich, wieviel Stiefel Kinder brauchen. Dazu kommen
die Schulgelder, die Metzgereirechnungen, die Weihnachtsgeschenke.
Es ist eigentlich merkwürdig, Christi Geburtstag. Und ich
fürchte das Fest. Worüber sprachen wir heute in der Sakristei?
Sind da darüber, wie man Jesus helfen, wie man das Evan-
gelium verbreiten könne? Nein, sondern über die Preise der
Kirchenstühle, den Hilfsfonds für Pfarrer, das Gehalt der
Bikare, die Gosrechnung, den Fonds für die Zentralheizung
und die Restauration der Kirche. Wie kann ich den Christ
predigen, den Ausgestoßenen, den Bettler, den Wanderer in
der Wüste, den Diener der Armen, den Kreuzträger? Den
Feiland, den ich zu Beginn meiner Laufbahn predigen wollte?
Die Leute würden über mich lachen, sprechen: „Seht, er wohnt
in einem oeräumigen Haus, hat vier Neinstboten und seine
Söhne studieren an der Universität.“ Gott weiß, wie schwer
es mir fällt, das Ged dafür herbeizuschaffen. Aber ich sollte
ja gar nicht darauf bedacht sein, es zu tun. Ich müßte unter
den Massen leben, Christus nicht durch Worte, sondern durch
Taten verkünden.“

(Fortsetzung folgt.)

Billiger Sonnabend

bei

JANDORF

Damen-Hüte	Damenwäsche	Schuhwaren	Möbelstoffe	Schürzen	Hauswäsche
Backfischglocke Lisere mit br. Bandgarnit. 3.90	Untertaile Jumperform mit Stickeri 0.95	Lackspangenschuhe für Damen, eleg., mod. Form, franz. Absatz 13.90	Tüllgardinen volle Br.Mtz. 0.85	Jumper- oder Wiener Schürzen hell u. dunkel gemustert 1.25	Küchenhandtuch Gerstenkorn m. rot. Kante, ca. 46x100 cm, ges. u. geb. 0.68
Jugendl. Hut frische Form, Lisere m. Bandgarn. 4.90	Damenhemd mit Languetten 1.25	Zweispangenschuhe für Damen, braun, prima Chromleder 10.90	Bettdecken engl. Tüll 3.95	Mädchenhänger gestr. Gingham, Größe 6 1.35	Stubenhandtuch Drell, voll gebleicht, ca. 48x100 cm, ges. u. geb. 1.10
Frauentorm Lisere, mit hübscher Bandgarn. 5.90	Kniebeinkleid mit breiter Stickeri . . . 1.65	Herrenstiefel braun Boxcall, Rahmenarbeit 16.50	Künstlergardinen engl. Tüll, 3 teilig 3.75	Küchenschürzen aus festen dunklen Stoffen 1.25	Kaffeedecke leinenartiges Gewebe, gute Ausführung 1.95
Glocke Tagalpicot kleidsame Form, m. floster Ripband-Garnitur 6.90	Nachthemd aus gutem Renforce m. Stickeri garn 3.75	Lederhausschuhe für Damen, Absatzflach, mit u. ohne Spange . . 3.95	Steppdecken Satin, mit Trikofutter 12.50	Wiener Schürzen türkische Muster 1.75	Wirkwaren
Damen-Konfektion	Korsetten	Herren-Artikel	Steppdecken Satin doppelseitig, ca. 150x200 19.75	Bettwäsche	Schlupfhosen für Damen, farbig, 0.95
Kasak aus schön gemusterten Stoffen, kleidsame Form. 3.95	Büstenhalter aus gutem Wäschestoff . 0.55	Oberhemden Zephir, mit Kragen u. Umschlagmanschetten 5.90	Diwandecken Fantasiegewebe mit Knöpfen 9.50	Deckbettbezug aus Louisiana, 4.95	Einsatzhemden für Herren, weiß od. makofarb. 2.95
Kleiderrock aus mod. gestreift. Stoffen, dunkle Farben. 4.95	Büstenhalter weiß oder rosa Trikot . 0.95	Herren-Hüte neue Farben, moderne Form 4.25	Tischdecken Filottuch, rot oder grün 4.95	Kopfkissen dam. passend 1.55	Hemden od. Hosen für Herren, makofarbig . 2.95
Mantel neoprenartiger Stoff, mit farb. Paspel und Kopfgarnier. 10.75	Hüthalter weiß oder farbig Drell mit Gummi und Haltern 1.65	Selbstbinder große Form, schöne Streifenmuster 0.85	Handschuhe für Damen, Ringel u. breiter Aufnäht 0.75	Deckbettbezug aus Louisiana, ohne Naht, ca. 130 200 5.90	Garnituren für Herren, verschieden. Farben, 3 Größen 4.95
Kostüm haltbar, Stofflesche Sportform, grau oder mode 19.50	Hüthgürtel weiß oder rosa Drell m. Gummirollen u. Haltern 2.65	Stehumlegekragen Mako 4 fad., mod. Form 0.95	Handschuhe für Damen, Leinen imit. farbig mit breiter Aufnäht 1.25	Kopfkissen dam. passend 1.80	

Belle-Alliance-Str. ☆ Gr. Frankfurter Str. ☆ Brunnenstr. ☆ Kottbusser Damm ☆ Wilmersdorfer Str.

DRESDNER BANK	
Bilanz per 31. Dezember 1924	
AKTIVA	R.M.
Kasse, fremde Geldsorten, Zinnscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	32 499 114,00
Wechsel	153 123 728,80
Nostro Guthaben bei Banken und Bankfirmen	136 877 425,75
Reports und Lombards gegen börsenmäßige Wertpapiere	3 150 941,45
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	77 479 853,15
eigene Wertpapiere	11 179 699,30
Konsortialbeteiligungen	12 831 460,15
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	22 430 554,35
Schuldner in lauf Rechnung	312 445 89,85
Bankgebäude	30 000 000,00
Sonstiger Grundbesitz	1 000 000,00
Mobilien	1,00
Pensionsfonds-Effekten	1 007 341,70
	794 557 448,60
PASSIVA	R.M.
Aktienkapital	78 000 000,00
Gesetzliche Rücklagen	22 000 000,00
Gläubiger	684 774 651,45
Akzepten	431 219,40
Pensionsfonds	1 000 000,00
Reingewinn	8 349 877,75
	794 557 448,60
Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1924	
VERLUST	R.M.
Handlungs-Unkosten-Konto	61 178 047,20
Steuern	3 960 473,48
Abschreibungen	
a) Mob. u. u.	450 617,30
b) Bankgebäude	2 547 795,65
c) Sonstiger Grundbesitz	229 462,40
Reingewinn	8 349 877,75
	76 714 273,55
GEWINN	R.M.
Wechsel-, Zinsen-, Sorten- und Zinnschein-Konto	33 979 364,65
Provisions-Konto	42 168 468,15
Effekten- und Konsortial-Konto	
Erträge aus dauernden Beteiligungen bei anderen Banken	
Sonstige Einnahmen	539 448,75
	76 714 273,55

Marken-Zigaretten
kaufen Sie am billigsten
Kaiser-Wilhelm-Str. 32 1. Trp.

3 Vorteile

bietet Ihnen seit mehr als 25 Jahren beim Kauf von

Garderobe

Gute Ware, niedrige Preise, bequemste

Teilzahlung

Bei kleinster Anzahlung und leichtester wöchentl. oder monatl. Ratenzahlung liefern:

Herren-	Damen-
Anzüge	Mäntel
Smokings	Kostüme
Fracks	Kleider
Paletots	Röcke
Uister	Kasacks
Gestreifte Hosen	Jumper
Regenmäntel	Regenmäntel

Täglich Eingang von Neuheiten.

BEISER

Norden: Lothringer Straße 67 | Osten: Frankfurter Allee 336

Wöchentliche Teilzahlung!

Elegante Herrenbekleidung

fertig und nach Maß zu soliden Preisen.

Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.

Ladensaal, Gemindhotel I. gr. Auswahl. Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter Damenmoden nach Maß

Maßschneider Julius Fabian

Große Frankfurter Straße 37, nur 2. Etage.

Unser Teilzahlungssystem

bietet Jedermann Gelegenheit, sich noch zum Osterfeste auf leichteste Art bei allerkleinster Anzahlung mit

Herren-Garderobe

fertig und nach Maß, aus modernsten Qualitätsstoffen, erstklassiger Verarbeitung, garant. guten Sitzes einzudecken

Elegante Anzüge 36, 42, 55, 65
Moderne Paletots 36 und 80 Mark

Damenmäntel, Sportanzüge, Regenmäntel usw. labelhaft billig. Jeder Käufer erhält die Waren sofort ausgehändigt.

SCHERZER & BROH

Andreasstr. 5 E. Breslauer Str. | Zweig. Plantagenstr. 43 Ecke Reinickend. u. Schles. Bahnh. | resch. | Straße (Wedding)

Auf Wunsch kommt fachmännischer Vertreter ins Haus.

Telephon: Königstadt 6415

Schwerhörige

Unsern Genossen Karl Pirx nebst Ehefrau zur Silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche, 95. Geburtstag.

Unsern lieben Genossen Hermann Obit und seiner Ehefrau zur heutigen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche, 10. Jubiläum.

Medizinrat a. D.

Dr. med. Friedrich Boerschmann
Arzt für homöopathische Therapie
Berlin W 15, Bayerische Str. 28
am Olivier Platz. Telefon: Oliva 2039.
Spr. - 9-10, 12-2, 5-7, und Sonntag u. Sonntag

Körkapsel-Gesellschaft
m. b. H.
Breslau X, Matthiasstraße 26.

Zum Osterputz

VIM nicht vergessen!



VIM

Das ideale Universal-Putz- und Scheuermittel!

SUNLIGHT GESELLSCHAFT A.-G.

Wirtschaft

Die steuerliche „Belastung“ der Landwirtschaft.

Die Landwirte und ihre Organisationen reden und schreiben viel von dem großen Steuerdruck, der heute auf der Landwirtschaft lastet. Er sei so stark, daß es nicht mehr lange dauern werde, bis die ganzen landwirtschaftlichen Betriebe zusammenbrechen. Demgegenüber verdienen Angaben Beachtung, die kürzlich in dem Organ des Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen, das ist die Organisation der ostpreussischen landwirtschaftlichen Arbeitgeber, veröffentlicht wurden.

In Nr. 49 des genannten Organs vom 6. Dezember 1924 wurde bei der Besprechung des Nutzens der Arbeitgeberorganisation ausgeführt, daß durch deren Tätigkeit den ostpreussischen Landwirten im Jahre 1924 pro Hektar insgesamt 26,85 M. an Steuern erspart worden sind. Die Summe teilt sich wie folgt zusammen: 1. an Landabgabe 2,70 M., 2. an Einkommensteuervorauszahlung 2,50 M., 3. an Reichsvermögenssteuer 4,85 M., 4. an Umsatzsteuervorauszahlung 4,65 M., 5. an Rentenbankgrundschuldszinsen 1,55 M., 6. an Preussischer Grundvermögenssteuer einschließlich Kommunalzuschlägen 9 M., insgesamt 26,85 M.

In Nr. 11 des Organs vom 14. März 1925 wird dann weiter ausgeführt, daß durch eine durch den Landwirtschaftsverband nach Berlin geschickte Delegation ein weiterer Steuererlass von 2,96 M. pro Hektar erzielt wurde. Somit beträgt der Gesamterlass für das Jahr 1924 pro Hektar 29,81 M. oder pro Morgen 7,44 M.

Es liegt die Frage nahe, was bei einem derartig erheblichen Steuererlass nun pro Hektar denn eigentlich noch zu zahlen ist. Auch darüber gibt uns das Organ des Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen Aufschluß. In Nr. 30 vom 26. Juli 1924 wird unter der Überschrift: „Steuerliche Belastung der ostpreussischen Landwirtschaft 1924“ die steuerliche Belastung bei einem landwirtschaftlichen Grundstück mit mittlerem Boden wie folgt berechnet: 1. Einkommensteuer 3,36 M., 2. Umsatzsteuer 9 M., 3. Reichsvermögenssteuer 4,20 M., 4. Rentenbankzinsen 4,32 M., 5. Preussische Grundvermögenssteuer 3,60 M., 6. 150 Proz. Kommunalzuschlag 3,40 M., insgesamt 29,88 M. pro Hektar.

Nach dieser Berechnung, die — bemerkt — in einem Arbeitgeberorgan veröffentlicht wird, verbleibt eine Gesamtsteuerbelastung für den Hektar von sage und schreibe 7 Pfennig oder von 70 M. für ein Gut in einer Größe von 4000 Morgen. Ein solcher Steuererlass entspricht ungefähr dem Lohnsteuerabzug von einem Jahresertrommen von etwa 1600 M. im Jahre 1924.

Das sind geradezu sensationelle Feststellungen. Feststellungen, die das Steuergesetz der Landwirte als eine Unverschämtheit erscheinen lassen müssen. Jedenfalls machen sie durchaus glaubhaft, wenn in einem Rundschreiben, das der Brandenburgische Landbund unmittelbar vor der letzten landwirtschaftlichen Woche Berliner Geschäftsleuten zulegte, folgendes ausgeführt wurde:

„Waren zu den vorjährigen Logungen schon an 100 000 Landwirte nach Berlin gekommen, so wird diesmal die Teilnehmerzahl eine noch weit größere sein, weil aus allen Teilen des Reiches die Elite der deutschen Landwirtschaft eintrifft, um für eine ganze Woche Aufenthalt in der Reichshauptstadt zu nehmen. Gruppennachweise besuchten die Agrarier im Februar 1924 die Berliner Geschäftsleute und sorgten für zufriedene Gesichter der Geschäftsinhaber — und dies zu einer Zeit, in welcher der Bauernstand für sehr kreditbedürftig galt. Um wieviel bedeutender muß der Verkaufserfolg jetzt werden, nachdem der Landwirt wieder der ist, der durch den sorgföhligen Verkauf von Bodenerzeugnissen, Schlachttvieh und so weiter große Barmittel in den Händen hat und zurzeit am lauffähigsten angesehen ist.“

Es scheint, daß zwischen der geringen steuerlichen Belastung der Landwirtschaft und ihrer großen Kaufkraft ein sachlicher Zusammenhang besteht. Was meint der Landbund zu diesen Mitteilungen der ihm angeschlossenen Organisationen? Was der Reichslandwirtschaftsminister, der seine Kenntnisse von der „Notlage“ der Landwirtschaft sonst fast ausschließlich aus Landbundinformationen bezieht? Wir unsererseits möchten nicht so beleidigend sein, die Feststellungen der großagrarischen Verbände in ihrer Richtigkeit zu bezweifeln.

Ein Privileg für die Rentenbank-Kreditanstalt

Interessante Ausführungen über die Möglichkeit der Unterbringung von Pfandbriefen im Auslande machte der Verwaltungsvorsteher in der Generalversammlung der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank. Er erklärte, daß es unmöglich sei, auf Markt lautende Pfandbriefe in den Vereinigten Staaten abzugeben. Dort habe man mit der Emission von Industrieanleihen derartig schlechte Erfahrungen gemacht, daß man gegen deutsche Anleihen, ganz gleich in welcher Form sie ausstuden, ein gewisses Mißtrauen habe. Es komme noch hinzu, daß die Amerikaner noch immer nicht sicher sind, ob nicht in Deutschland früher oder später wie in der Inflation eine neue Devisenemission aufsteige und damit ein neues Moment für die Entwertung deutscher Anleihen geschaffen werde. (Hier scheint doch ein Verium unterlaufen zu sein, denn die Entwertung ist nicht eine Folge der Devisenemission, sondern umgekehrt, die Devisenemission ist eine Folge der Entwertung gewesen. Red.) In Anbetracht dieses Entwertungsrisikos sind ja auch die amerikanischen Kapitalbeschaffungen von den deutschen Unternehmungen sehr hoch bezahlt worden, bei kleineren Anleihen nicht unter 10 Proz. des Kapitals, das nach Deutschland herüber gekommen ist. Die einzige Möglichkeit, Pfandbriefe unterzubringen, wäre die Ausstellung auf Dollar und die Ausleihung der Hypotheken ebenfalls in Dollarmährung. Die Regierung hat diesen Anregungen gegenüber sich, ohne daß die Gründe erschöpfend abgeklärt sind, ablehnend verhalten. Man nimmt an, daß die Ausgabe von Dollarpfandbriefen der Rentenbank-Kreditanstalt als Sonderrecht vorbehalten werden soll. Diese einseitige Bevorzugung eines einzelnen Institutes, das kaum in der Lage sein dürfte, die Kreditbedürfnisse des Erwerbszweiges, für den es bestimmt ist, zu befriedigen, hat lebhaftes Befremden erregt. Und es sei zu erwarten und zu hoffen, daß die Regierungstellen ihre Ansicht in dieser Beziehung revidieren und die Zulassung der Ausgabe von Dollarpfandbriefen gestatten werden.

Aber selbst in diesem Falle wäre eine Unterbringung von Dollarpfandbriefen nur dann möglich, wenn eine bindende Erklärung der Regierung vorliegt, daß keinerlei neue Devisenverordnungen oder ähnliche Gesetze über die Geschäfte in fremden Währungen auf die Verzinsung und Rückzahlung dieser Pfandbriefe künftig angewandt werden könnten. Unseres Erachtens kann keine Regierung eine bindende Verpflichtung dieser Art eingehen, solange für sie eine Währungsrolle ihrer Währungspolitik durch den Transferrisiko besteht. Die Goldmarkteröffnungsbilanz, die die Umstellung im Verhältnis von 15:1 und die Erhöhung auf 4 Millionen Reichsmark vorzählt, wurde einstimmig genehmigt.

Die Lage der Maschinenindustrie.

Generaldirektor Dr. Reuter machte in der Generalversammlung in der „Demag“ der Deutschen Maschinenfabrik Aktien-Gesellschaft folgende Ausführungen:

Die Lage der Maschinenindustrie ist zurzeit sehr ungünstig, vor allem deswegen, weil sie infolge der Kapital- und Kreditnot gehindert ist, die Einrichtungen zu schaffen, die notwendig wären, um die Selbstkosten zu vermindern. Der Maschinenbau ist gleich allen anderen Industriezweigen immer mehr Objekt der Wirtschaft und Gefährdung geworden, denn die Hauptposten in ihrer Rechnung werden nicht von ihm, sondern von Stellen bestrahlt, so geradezu diktiert, die weder die Verhältnisse des einzelnen Unternehmens beurteilen können, noch in der Lage sind, den Leitern der Betriebe die Verantwortung gegenüber den Kreisen, deren Interessen sie zu vertreten haben, abzunehmen. Generaldirektor Reuter wies in diesem Zusammenhang besonders auf das Schlichtungsverfahren bei Festlegung von Löhnen und Gehältern hin, durch welches den Verwaltungen die Möglichkeit genommen wurde, die für die vorliegenden Verhältnisse tragbaren Sätze zu bestimmen, das Schlichtungsverfahren trage auch den verschieden gelagerten Vermögensschichtungen der einzelnen Gesellschaften in keiner Weise Rechnung. Das führe entweder zu einer Vinderung des Verantwortungsgesühs bei den Fabrikleitungen oder zu Schwierigkeiten bei Weiterführung des Betriebes, die nicht mehr überwunden werden können und eines Tages zur Stilllegung führen müssen. Generaldirektor Reuter plädiert für die Beseitigung dieser „Zwangswirtschaft“ — so nennt er es. Er wandle sich dann natürlich gegen die hohen steuerlichen und anderen öffentlichen Lasten, die in diesem Umfang gar nicht nötig wären, wenn der Staat dem Beispiel der Industrie folgend, ebenfalls auf Sparamkeit setzen würde. Bei den Steuern muß der Grundsatz der Gewinnbesteuerung, nicht der Umsatzbesteuerung ausschlaggebend sein, sonst müßte die Industrie schon aus Selbsterhaltung ihre Betriebe nach Möglichkeit verkleinern, während im Interesse der Selbstkosten eine Vergrößerung der Produktion erstrebt werden müsse. Es müsse mehr ökonomisch und nicht, wie es jetzt geschieht, sozialpolitisch gemischt werden. Sonst geraten wir in eine Lage, daß die Stellen, die die im Londoner Einkommen zugestandene

Schonzeit nicht genügend ausgenutzt hätten, der schwerste Vorwurf gemacht werden muß.

Die „Demag“ bemühe sich, ihre Betriebe zu verbessern und zu verbilligen, und habe auch mit Erfolg versucht, die im Inland fehlende Arbeit aus dem Auslande herinzuholen. Die Gesellschaft hat Aufträge, die für ein halbes Jahr volle Beschäftigung sichern und die Gesellschaft dürfte ihre Aufgabe in der Wirtschaft auch dann noch erfüllen, wenn andere Unternehmungen der gleichen Art schon auf der Strecke geblieben sind.

Erfreulicherweise erhielt Generaldirektor Reuter noch auf der Generalversammlung eine Abfuhr, die ihn hoffentlich veranlassen wird, für die nächste Generalversammlung sich volkswirtschaftlich etwas gründlicher vorzubereiten. Das Mitglied des Direktorates, Herr Wilhelm ten Hagen, wandte sich nämlich gegen die Ausführungen des Generaldirektors, die das Schlichtungsverfahren betrafen. Der Herr Generaldirektor meinte sich erst von ihm lassen lassen, daß das Schlichtungsverfahren ausgleichend wirke und gemittelt habe und viele Streits verdingere.

Die Goldkreditbank hat 408 000 Pfund Reingewinn. Sie wurde, wie erinnertlich, im April 1924 auf Pfund-Einstieg-Grundlage, auf der sie auch rechnet, begründet und hat eben ihre erste Jahresabschlussbilanz vorgelegt. Diese erste Abschlussbilanz dürfte wahrscheinlich auch die letzte sein, weil mit der Einführung der Reichsmarkwährung und ihrer fortdauernden Stabilität man einer Bank aus fremder Währungsbasis zur Herrichtung ausländischer Kredite nicht mehr bedarf, und weil heute die deutschen Privatbanken zunehmend die Auslandskredite vermitteln. Der Reingewinn der Goldkreditbank aus dem neun Monate umfassenden Geschäftsjahr beträgt 492 336 Pfund. Er steht fast vollständig aus dem Auslandswechsel- und Scheckgeschäft. Die Verwaltungskosten sind minimal (der Goldkreditbank dienen Räume und Personal der Reichsbank); sie betragen nur 23 004 Pfund. Auf die Anfertigung von Banknoten und Aktien fielen 6246 Pfund. 55 000 Pfund wurden als Reserve gegen eintretende Verluste ausgesetzt. Der verbleibende Reingewinn von 408 000 Pfund fällt zum größten Teil an die Reichsbank (379 423 Pfund), die übrigen Aktien der Goldkreditbank besitzt. 5 Proz. des Reingewinns wurden dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt. Der Rest des Reingewinns fällt nach dem Statut zur Hälfte an das Reich (4247 Pfund), 3400 Pfund werden als Zantimen ausgegütet und 847 Pfund auf neue Rechnung vortragen.

Großhandelspreise. Die auf den Schluß des 1. April berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 25. März (1924) um 0,5 Proz. auf 132,3 zurückgegangen. Niedriger lagen vor allem die Preise für Gerste, Butter, Schmalz, Fleisch, Speck, Milch, Kaffee, Rindfleisch, einige Textilrohstoffe und -halbwaren, Benzin sowie für die meisten Nichtmetalle. Höher lagen die Preise für Roggen, Hafer, Baumwollgarn, Kohle und Holz. Von den Hauptgruppen haben die Lebensmittel von 129,6 auf 129,2 oder um 0,3 Proz., die Industriestoffe von 139,1 auf 138,2 oder um 0,6 Proz. nachgegeben. — Für den Durchschnitt März ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsindexziffer von 136,5 im Durchschnitt Februar auf 134,4 oder um 1,5 Proz.

Es geht auch ohne Dumping. Vertreter der Tischkesselwerke und der reichsdeutschen Porzellanindustrie haben, wie aus Prag gemeldet wird, dieser Tage über die Festsetzung der Exportpreise beraten. Die deutsche Industrie beabsichtigt, ihre Preise um 10 bis 15 Proz. herabzusetzen, um der Konkurrenz auf dem Weltmarkt erfolgreich entgegenzutreten zu können. Es kam zu einer Einigung zwischen den Vertretern der beiden Industrien, in der beschlossen wurde, eine Preisherabsetzung nicht eintreten zu lassen.



PETERS-UNION
Fahrrad-Reifen
 Höchste Qualität daher preiswert



Keine Umwege!
 Unentbehrlich für Kraft- und Radfahrer, Wanderer u. Reiseverehr. 50 Karten, fünffarbig, Maßstab 1:300000, pro Karte 75 Pfennig.
Continental
Straßenkarte
 so zuverlässig wie Continental-Reifen!
 Erhältlich im Buch- und Schreibwarenhandel, ferner in jeder Auto- und Fahrradhandlung.
 Herausgeber: Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.



Rahmma
 MARGARINE
buttergleich
 selbst aber ohnegleichen!
 weil sie den Nährwert und Feingeschmack der besten Tafelbutter mit der Billigkeit der Margarine in sich vereinigt.
 1/2 Pfd. nur 50 Pfg.
 Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis!
 Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für liebe kleine Kinder“

Schule und Mieterschutz.

Das Grundschul-Abbaugesetz angenommen.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Lehrgang der

Grundschule.

Abg. Löwenstein (Soz.)

bedauert, daß die Mehrheit des Reichstags die Grundschule in einen Ausnahmezustand versetzen wolle. Noch in letzter Stunde müsse gegen diesen Versuch Einspruch erhoben werden, denn er bedeute nichts weniger als die Zerstörung der Einheitschule. Man müsse sich entschieden gegen die Behauptung wenden, daß hier ein natürliches Recht der Kinder gewahrt werden soll. Es solle nur ein Vorrecht der Gesellschaft geschaffen werden. Der Redner legt eine Entschließung vor, wonach in den Haushaltsplan für 1925 ausreichende Mittel eingestellt werden sollen, um unbemittelten Schulkindern die Zulassung zur mittleren oder höheren Schule wirtschaftlich zu ermöglichen. Die „Zustimmung“ des Grundschullehrers hätte unter allen Umständen in das Gesetz aufgenommen werden müssen. Alle Lehrerverbände ohne Unterschied der Parteien hätten sich dafür ausgesprochen. Keine einzige Stimme aus Lehrerkreisen sei bisher für den Standpunkt der Rechten eingetreten. Der Redner fordert, daß das Reichsinnenministerium streng darüber wache, daß die Reichsvorschriften von den Ländern auch eingehalten werden. Leider sei es nicht gelungen, die Gefahren für die Grundschule abzuwenden. Die Sozialdemokratische Partei gebe aber den Kampf nicht auf und glaube bestimmt, daß die Grundschulfrage den Reichstag in kurzer Zeit wieder beschäftigen werde.

Ministerialdirektor Kästner vom preussischen Kultusministerium bringt für die preussische Unterrichtsverwaltung Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf vor. Es liege der preussischen Unterrichtsverwaltung fern, überflüssige Schwierigkeiten zu machen, aber sie sei überzeugt, daß die Ausführung des Gesetzes in seiner jetzigen Form auf große Schwierigkeiten stoßen werde.

Abg. Rönneburg (Dem.) beantragt angesichts der Ausführungen des Vertreters der preussischen Unterrichtsverwaltung, die ganze Materie an den Bildungsausschuß zur nochmaligen sorgfältigen Prüfung zurückzuverweisen. Es bestehe hier die Gefahr, daß der Reichstag gesetzliche Maßnahmen treffe, deren Auswirkungen sich noch nicht übersehen lassen.

Der Antrag auf Zurückverweisung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten, der Kommunisten und eines Teils der Bayerischen Volkspartei abgelehnt.

Abg. Rheinländer (S.) legt gegenüber den Ausführungen des Abg. Löwenstein nochmals den grundsätzlichen Standpunkt des Zentrums dar, daß die vierjährige Grundschule im Interesse des sozialen Ausgleichs erhalten bleiben müsse, daß aber jedes Kind das Recht haben müsse, seiner Begabung entsprechend in Ausnahmefällen schon früher zur mittleren oder höheren Schule überzugehen. Wenn die erste Fassung des Ausschussvorschlages, daß die Zustimmung der Grundschullehrer erforderlich sei, umgeändert sei in die Fassung „Anhören des Grundschullehrers“, so habe eine juristische Schwierigkeit darin gelegen, daß die Gewährung der Grundschullehre zustimmen sollte.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) beantragt die Entschließung: Im Haushaltsplan für 1925 sind ausreichende Mittel bereitzustellen, um unbemittelten Schulkindern gemäß § 1 des Gesetzes über den Lehrgang der Grundschule die Zulassung zur mittleren und höheren Schule wirtschaftlich zu ermöglichen.

Abg. D. Mumm (Dnat.) beantragt die Ueberweisung dieses Antrages an den Haushaltsausschuß.

Abg. Hoernle (Komm.) will nochmals vollkommen klarstellen, daß nicht die wirkliche Begabten-Auslese gefördert werden soll, sondern daß die eigentliche Ursache dieses Gesetzes die sei, daß die Kinder der begüterten und privilegierten Klassen, die Kinder, die eine gute Kinderstube genießen, die Privatunterricht haben können, die gut genährt und gut gekleidet in die Schule gehen können, schneller auf die höhere Schule übergehen dürfen.

Das Haus beschließt mit den Stimmen aller Rechtsparteien und des Zentrums den Schluß der Debatte.

In der Einzelberatung über § 1 bedauert Abg. Rönneburg (Dem.) die Schwächigkeit der Reichsregierung gegenüber den an sie gerichteten wichtigen Fragen. Die Reichsregierung müsse gegen Gesetzesverletzung einschreiten. Der Vertreter der preussischen Regierung habe sogar gegen die Annahme des Gesetzes schwere Bedenken geäußert und befürchtet von der Umordnung eine Umordnung.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) beantragt die Herbeiführung des Innenministers Schiele, damit er sich darüber äußere, wie er sich die Ausführung des Gesetzes denke.

Abg. Koroch (Komm.) hält das Gesetz für verfassungsändernd und daher die Anwesenheit des Ministers für unbedingt erforderlich. — Der Antrag erübrigt sich bald, da inzwischen Minister Schiele im Saal erscheint.

Der grundlegende § 1 wird darauf angenommen.

Abg. Schred (Soz.) bittet, den Innenminister zu fragen, ob er nicht das Wort ergreifen wolle.

Vizepräsident Graef-Thüringen erklärt, daß das nicht zu seinen Befugnissen gehöre. Wenn der Minister sprechen wolle, werde er sich schon selber melden.

Nach § 2 tritt das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) richtet erneut die Aufforderung an den Minister, sich zu der Vorlage zu äußern.

Geheimrat Gülich weist darauf hin, daß mit den Ländern in Verbindung getreten wird, in welcher Weise die Beschlüsse des Reichstages zur Ausführung gelangen sollen. Die Regierung müsse zunächst noch die Stellungnahme des Reichsrats abwarten.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) wendet sich erregt gegen die Obstruktionsversuche der Linken. Es sei unerhört, wie man hier die Verhandlungen zu verschleppen und die Minderheit der Mehrheit zu verewaltigen versuche.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) ist von den Ausführungen des Regierungsvortreters nicht befriedigt. Was habe die Reichsregierung insonderheit getan, um die einheitliche Durchführung seitens der Länder zu sichern?

Abg. Rönneburg (Dem.) warnt vor unveränderter Annahme des § 2, wonach das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten soll. Es dürfe frühestens zum 1. April 1926 in Kraft treten.

Der § 2 wird unverändert angenommen.

Die vom Ausschuss beschlossene Streichung des § 3 wird vom Hause bestätigt.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen.

Die Entschließung der Sozialdemokraten wegen Bereitstellung von Mitteln für unbemittelte Schulkinder wird an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Die Schlußabstimmung über das Gesetz im ganzen wird auf Antrag Schulz-Bromberg (Dnat.) namentlich sein, aber auf Wunsch des Abg. Lobe (Soz.) auf einige Zeit verschoben, da die sozialdemokratische Fraktion in einer Fraktionsitzung begriffen sei.

Inzwischen hat das Haus die schon in einer früheren Sitzung begonnene Beratung des Ausschussberichts über die

Anträge zum Mieterschutz

fortgesetzt. Der Ausschuss schlägt eine Entschließung vor, wonach zunächst das Reichsarbeitsministerium um Material über die Entwicklung des Wohnungsmarktes und die Reichsregierung um

Einbringung von neuen Gesetzesentwürfen über Wohnungswesen und Mieterschutz ersucht wird.

Abg. Treemmel (S.) verlangt die Bereitstellung von größeren Mitteln zur Bekämpfung des Wohnungselends im besetzten Gebiet. Aus der Hauszinssteuer sollten namentlich den kleineren Leuten Mittel zum Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Darauf ergibt die namentliche Abstimmung über das Grundschulgesetz dessen Annahme mit 239 gegen 157 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen. Für das Gesetz stimmen alle Rechtsparteien und das Zentrum, dagegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten.

Auf Wunsch des Abg. Rönneburg (Dem.), der die Meinung vertritt, daß dieses Gesetz eine Verfassungsänderung bedeute, stellt Vizepräsident Graef-Thüringen fest, daß die für verfassungsändernde Gesetze erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht, das Gesetz also nur mit einfacher Mehrheit angenommen sei. Schluß 1/7 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. Anträge für das besetzte Gebiet; Mieterschutz; Junglehrerfrage.

Briefkasten der Redaktion.

N. 8. 27. 1. Die Kirchenaustrittserklärung muß entweder zu Protokoll des Gerichtsvollziehers erfolgen oder in öffentlich beglaubigter Form dem Amtsgericht eingereicht werden. Zur öffentlichen Beglaubigung sind die Notare zuständig. 2. Kauf- oder Konfirmationschein. — Müller, Torsbach. 1. Sie unterliegen nicht der Angebotsminderherabsetzung. 2. Ein bestimmtes Preisungsmittel können wir nicht empfehlen. — W. A. 1. Ja. 2. Es muß Klage erhoben werden. Rückwärts ist das Amtsgericht. — W. S. A. A. Die Klage wird nur Sozialdemokraten gemährt. Im Jähren Falle kommt nur Armenfürsorge in Betracht. — G. W. L. Darüber läßt sich zurzeit nichts Bestimmtes sagen.

Geschäftliche Mitteilungen.

„Kopf ab“ heißt es in China. China wird mahern. Mehr und mehr verschwinden die uns aus illustrierten Zeitungen so wohlbekannten besorgten Gesichter. Auch in Deutschland fiel mancher alte Kopf dem schlotternden Karren zum Opfer. Und gerade die besten Hausfrau — obwohl selbst zum besorgten Gesicht geordnet — ist es, welche mit weitem, offnem Blick das Schöne und Lieber erkennt, was ihr und ihrem Haushalt zum Vorteil gereicht. Zum Vor die beste aller Kleidermacherinnen, Rosodont „Rosodont“ auf dem Markt: inaktinisch fand die Hausfrau, daß damit endlich das Problem in Erlösung trat, welches als vollkommenster Erfolg für die letzte Naturbutter zu gelten hat. Die Erfahrung bestätigt die Vermutung. Sie läßt weiter den Blick zu, daß „Rosodont“ in kurzer Zeit in keinem Hausballe mehr fehlen wird.



ROSODONT

A. H. A. Bergmann, Waldheim, Sa.

Hersteller des beliebten Wählgerichts „Maiszauber“

„Komet-Freilauf“

ES GIBT KEINEN BESSEREN!

SCHLEICH'S GAS-PERLE

Das Kohlensäurebad im eigenen Heim!

In Apotheken, Drogerien und allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

CHEMISCHE FABRIK SCHLEICH G.M.B.H. ABTLG. FÜR MED. BADERPRÄPARATE BERLIN N.W.6. LUISENSTRASSE 30

Ziehung 1. Klasse schon 17. u. 18. April

Preuß. Staats-Lotterie
38 Millionen Rm.

Höchstgewinn auf ein Doppellost:

2 Millionen Rm.

4 mal 500 000

2 mal 300 000

2 mal 200 000

10 mal 100 000

Losse: Doppel-Los 48, 1/2 24, 1/3 12, 1/4 6, 1/6 3 M.

Originallosse empfiehlt St. Lotterie-Einnehmer Ritter

P. Raddatz & Co.

Leipziger Straße 122-123.

Postcheck-Konto Berlin 41 537

Metallbetten
Stahlmatratze, Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür

Korbmöbel
Eigene Herstellung in gediegenen Ausführungen kauf. Sie bei gr. Auswahl vorzuziehen u. billig im Spezial-Korbmöbelhaus

Edmund Voß
Neußstraße, Berliner Str. 14
Nähe Hermannplatz

Teleph. 2044, Zahlungs erleichterung

Straßenpendeln
jeder Zeit
billig preiswert
Paul Golletz,
vormals Robert Meyer,
Mariannestr. 3,
Wilm. Reichpl. 108/90



Ein reicher Mann, der eine billige Karmitri raucht, beweist, daß er kein Snob, sondern ein Kenner ist

Wer wagt, gewinnt!



Die größten Gewinne bietet Ihnen die Preussische Staats-Lotterie.

Sichern Sie sich daher schnellstens ein Los bei der staatl. Lotterie-Einnahme

Jürgens

Alexander-Platz.

Postcheck-Konto: Berlin Nr. 309 80.

Fernsprecher: Amt Alexander 2082-84.

Für alle 5 Kl.: Ein Adtel 15.-, ein Ganzes 120.- M.

Zur 1. Kl.: Ein Adtel 3.-, ein Ganzes 24.- M.

Ziehungsbeginn 17. u. 18. April.

Noch Winterpreise!

Neue Halbrenner 50 bis 65 M.

Eleg. Tourenrad 68 M.

Luxusräder bestehend aus Doppelglockenlager, Torpedofreilauf, Continentalgummi, gelber, varnickelter Stahl, Glocke, Pumpe, Messing-Karbidlampe 105 M.

3 Jahre schriftliche Garantie

Elegante Rennmaschinen mit Hochdruckkomplett 110 M.

Große Auswahl weltbekannter Brennabor-, Göricke-, Triump-, Viktor a., N.S.U., W.K.C. und Wallenräder billig. Rennrahmen, Damenrahmen, Kinderrahmen. Tourenrahmen 28 M., Fahrradmitel 2.75 M. Luftschluche von 65 Pf. an.

Willy Schlawe, Weinmeisterstrasse vier.

Vertrottelte Monarchie.

Wenn Witz töten könnte, so wären die diversen Monarchen, mit denen die Völker Europas bis vor kurzem fast allgemein gesegnet waren, schon lange vor den revolutionären Stürmen erledigt worden, die sie zum größten Teil davongefegt haben. Immerhin ist es auch jetzt nicht nur von historischem Interesse, wenn man mit der Peitsche des Witzes gegen die abgelebten monarchischen Größen vorgeht. Die Völker haben mitunter ein sehr kurzes Gedächtnis, und die ganze Fäulnis und innere Unfähigkeit des monarchischen Zeitalters erscheint dem und jenem sogar als lebenswert, wenn sie durch die rosige Brille idealisierender Verkürzung betrachtet werden.

Es ist deshalb für die politische Aufklärung nicht bedeutungslos, wenn der wirkliche Charakter der monarchischen Heroen ins rechte Licht gerückt wird. Der Witz, die Anekdote kann hier die geschichtliche Kenntnis wirkungsvoll unterstützen und grelle Schlaglichter auf Gebiete werfen, die dem simplen „Untertan“ bisher verstoßen waren. Eine Zusammenstellung solcher Anekdoten, die sich allerdings nur auf die letzten Vertreter der Habsburger Dynastie beziehen, liefert das Büchlein von Fred Heller: „Der Franzl und andere“, das im Verlag Baul Steegemann-Hannover erschienen ist. Mit Recht bemerkt der Verfasser in seiner Einleitung, es fehle auch jetzt nicht an Verfassern, das Volk dem entthronten Kaiserhaus wieder näherzubringen. Aber das „Gott erhalte“ sei verlungen. Die hundert Anekdoten sind so ziemlich alles, was Gott erhalten hat. Wir geben aus diesen Anekdoten einige der hübschesten wieder.

Es war unter Kaiser Franz. Auf dem Dach der Hofburg arbeiteten Ziegeldecker. Plötzlich rief ein Strich, man höre einen Schrei, und einer der Dachdeckergehilfen sauste in die Tiefe. „Wissens's“, hieß es dann, „wiejo denn das passiert ist? Aus Mangel an Anhänglichkeit ans Kaiserhaus.“

Der Leibarzt war zum Kaiser Franz, dem Musterbeispiel des Absolutismus, wegen einer Kleinigkeit gerufen worden. Sich selbst machte der gute Monarch nämlich sehr gut leiden.

Der Medizinmann beruhigte ihn: „Unbesorgt Majestät! Sie haben eine ausgezeichnete Konstitution!“
Da fährt der Kaiser im Belt hoch und schnaubt: „Hinaus — Konstitution sagt er! . . .“

Als sich in Wien die Kunde vom Tode des Kaisers Franz verbreitete, strömte viel Volk in die Hofburg und weinte.

Da kam der Obersthofmeister in den Burghof hinaus und suchte die Menge zu trösten.

„Leute, ihr braucht nicht so weinen, es bleibt ja alles beim alten.“

Sie schluchzten: „Grad darum weinen wir!“

Weiß Gott, woher Kaiser Ferdinand etwas von Adlerjagden gehört hatte — er wollte eines Tages einen Adler schießen.

„Wo wenn der Kaiser befohl!“

Man inszenierte eine Adlerjagd. In Schönbrunn. Ein Gärtnerbusch mußte auf einen hohen dichten Baum steigen mit einem ausgestopften Adler, und den sollte er, selber gut gedeckt, in dem Augenblick loslassen, da Se. Majestät geschossen hätte.

Ferdinand rückte mit seinem Gewehr an, erspähte richtig auch den Adler, schließt — bum, und der Vogel plumpft instruktionsgemäß herunter.

Der Kaiser, unter dem Doppeladler aufgewachsen, doch noch nie vorher einem richtigen Adler von Angesicht zu Angesicht gegenüber, löst sich mit lebhaftem Waidmannsstolz seine Jagdbeute bringen.

Sieht den Adler an und schüttelt enttäuscht das Haupt.

In dem Moment bemerken auch schon ein paar Herren vom Hofstaat entsetzt, daß an dem ausgestopften Tier eine Raht geploßt ist.

Teufel, jetzt mußte der ganze Schwindel herauskommen!
Bach und bebend hängt man an den Lippen Sr. Majestät.

„Ah na“, spricht er, „mich werden S' nicht drantrien. Das ist ja Adler; der Vogel hat ja nur ein'n Kopf!“

Der Portier im Hause der Schauspielerin Katharina Schrahl (der Geliebten Franz Josephs) wollte ein einziges Mal wenigstens am Abend ausgehen. Er nahm also seinen Koffer, einen zehnjährigen Bubel, vor und instruierte ihn: „Voh' auf, Franzl, so uma neune wick's dreimol nacheinander am Tor läuten. Da kommt a Offizier, dem machst auf. Er wird 'n Krage am Mantel aufstellen haben und kein Wort reden. Du redst auch nix, verstehst! Leuchst ihm voran bis zur Stiegen, und wenn er wieder zurückkommt, daselbe. Und nix reden! Daß d'r's merkt!“

Der Bub versprach alles nach Vorschrift zu besorgen. Richtig, sobald es dreimal läutete, ging er zum Tor, öffnete, ein Offizier trat ein, mit hochgeschlagenem Krage, sprach nichts, sondern folgte, wie er's gemöhnt war, der vorangetragenen Laterne. In der Treppe blieb der Knabe stehen, um den Offizier vorüberzulassen, hob das Licht und — in diesem Augenblick erkannte er den Kaiser Franz Joseph.

Der Bub erbeite in Ehrfurcht. Eine Sekunde lang war er erstarrt. In der nächsten hatte er schon die Kappe vom Kopf gerissen und in strammster Haltung, die Laterne hoch vor sich, kimmte er die Volkshymne an: „Gott erhalte, Gott beschüge . . .!“

Das geknickte Doorn-Röschen.



„Johann, packen Sie die Koffer wieder aus, wir reisen vorläufig nicht nach Deutschland.“

Während der Wionöer nahm es Franz Joseph nicht so genau. Er ließ sich von einem frischgeadelten Baron aufs Schloß laden und lag dort mit seinem halben Stab zwei ganze Tage. Der Herr Baron zerriß sich. Er tat Unmögliches für die hohe Ehre. Bis zuletzt. Rasch erwiderte er vor der offiziellen Minute noch den Adjutanten.

„Wie waren Sie zufrieden, Herr Graf?“
„Bitte — ich . . . also, . . . oh ja.“

Dem Baron begannen die Arme zu zittern.

„Nicht doch, nicht doch. Die reizende Aufmerksamkeit entzückend — am W. C. mein' ich, das „Gott erhalte“, beim Niederlegen.“

Genial, genial! Nur — für mich — nicht wahr, wo bei Volkshymne doch hab'acht-Stellung vorgeschrieben . . . Da bin ich halt ne . . . Sie verstehen! . . .“

Dem Grafen Paar, dem Flügeladjutanten des Kaisers Franz Joseph, legte man nahe, nimmeh, nach mehmonatiger Kriegsdauer, den Kaiser zu bewegen, sich doch einmal an die Front zu begeben. Es sei wegen der Stimmung. Wenn die Soldaten einmal ordentlich Gelegenheit hätten, hoch zu schreien, dann . . .

„Ja“, machte Graf Paar, „da werden wir wohl noch ein bißerl warten müssen; bis die Front näher an Wien ist.“

Als Karl (der Letzte) auf den Thron gelangt war, ließ er sofort den Kriegsminister kommen.

„Ergötzen“, sprach er feierlich, „teilen Sie ihren Generalen mit, die Schlampereien haben jetzt aufgehört. Von nun ab wird gesiegt!“

In seinen Anfängen liebte es Kaiser Karl, unerwartet um 10 Uhr morgens im Kriegsministerium zu erscheinen, sich in eine dunkle Ritze der Gänge zu drücken und jeden zu spät in den Dienst kommenden Offizier aus dem Hinterhalt mit der Frage zu überfallen: „Warum kommen Sie erst jetzt?“

Weil der junge Kaiser oft so überraschend auftauchte, wurde er „Karl der Pöhlche“ genannt.

Als Opfer eines dieser Ueberfälle geriet ihm gelegentlich ein Oberst in die Quere, der eben erst von der italienischen Front angekommen war.

„Warum kommen Sie erst jetzt?“ rief ihn der Kaiser an. Der Oberst erkannte den Obersten Kriegsherrn, schlug die Hocken zusammen und sagte: „Majestät, ich melde gehoramt, wir haben bis gestern ebend Majestät an der Front erwartet.“

Eine Woche lang war der Kaiser nicht mehr im Kriegsministerium zu sehen.

Für einen Arzt war's mehr Ehre als Bergnügen, zu einem hohen Patienten gerufen zu werden.

Einem bekannten Internisten passierte das.

Klopft die Kaiserliche Hoheit ab und will nun das Rötgle noch von dem ganz leicht Erkrankten angeben haben: „Wie's mit dem Appetit ist, mit dem Schlaf, mit der Verdauung, mit . . .“

„Jetzt hören S' aber schon mit dem vielen Fragen auf“, fährt der Erzherzog den Professor an.

Der ist nur einen Augenblick lang perplex. Er erhebt sich, steckt das Stehhoskop ein und sagt: „Hoheit, da mühen Sie einen Tierarzt rufen. Nur ein Tierarzt heißt ohne Fragen an den Patienten.“

Die Wiener haben im großen Krieg ihr „Hoch“ geliefert, geflaggt und Siege gefeiert, zur selben Zeit aber erzählten sie sich hinunterum folgende Anekdoten, die eine ganze österreichische Kriegsgeschichte zeigen.

1914.
Der Kaiser fährt mit seinem Adjutanten, dem Grafen Paar, über die Mariabiserstraße.

Alle Häuser haben Fahnen ausgehängt.

„Was ist denn los?“ fragt der Kaiser den Grafen Paar.

„Majestät, wir haben gesiegt.“

„Gesiegt? Hören S' auf. Ist denn Krieg?“

„Samohl, Majestät.“

„Ah, das is a'scheid! Sie sollen's denen Preußen nur recht ordentlich z'rückzahlen.“

1915.
Der Leibfriseur, der dem Kaiser auch die Hühneraugen schneidet, stochert eines Morgens so lange an Allerhöchstden Fußen herum, daß der Monarch nervös wird.

„Was haben S' denn heut', Rawratt!“ ruft der Kaiser ungehalten aus.

„Bitt' untertänigst um Gnade, Majestät“, stottert der Pedikur, „ich bin halt so furchtbarlich beschparat, Majestät.“

„So, so. Warum denn auf einmal?“

„Bitt' untertänigst, mein Sohn, der was der älteste ist, ihm haben S' gestern g'mustert — Zum Landsturm — Wo ich ihm so nötig in G'schäft brauch'!“

„Das is ein Wech, lieber Rawratt“, nickte der Kaiser. „Warum aber gleich 'n Kopf hängen lassen! Vielleicht is was zu machen.“

Der Friseur freudestrahlend: „Kaiserliche Majestät, Sie wollen S' . . .?“

„Ach — leider“, versetzte der Oberste Kriegsherr, „ich kann da nix tun. Aber haben S' keinen Bekannten, der ein Feldwebel is?“

1916.
Die österreichischen Truppen samt Feldherrn waren beim Oberbefehl des preußischen Generalfeldmarschalls Radetzky unterstellt worden.

Damals zirkulierte das Kaiserwort: „Die Zentralmächte haben es gut; die Deutschen haben ihren Hündentag, und wir unjeren Radetzky!“

1917.
Karl der Letzte teilte im Grunde den Hurrapessimismus des Volkes. Sie beide hatten ja den Krieg nicht gemacht.

Man meldete ihm eines Tages, der deutsche Kaiser habe sich über das letzte Treffen der Oesterreicher an der russischen Front gar nicht geäuert; die Bundesgenossen seien zu schlapp.

„So, zu schlapp sind wir ihm?“ fuhr Karl auf. „Wenn wir nicht schlapp wären, würden wir längst nicht mehr mittun.“

In Wien, im schönen Kriegsjahr 1917, rätelten sich die Frauen zusammen und schrien: „Unjere Kinder verhungern. Gebt's uns was zum Essen.“

Die Erzherzogin Maria Josepha hörte vermundert von den Hungerkranken. Sie wurde sogar böse.

„Was wollen denn die Leute, sie haben doch die Brot- und Reichkarte!“

„Und du bist dumm, laß mich in Ruh!“

Wenn ihm Tante ein Stück Kuchen gab, teilte er es in zwei Teile: den einen aß er auf, das andere Stück legte er auf jenes Fenster, was dem Bild näher war.

Das ist für dich! . . . Wenn du ihn nachts nicht essen wirst, also wirst du ihn nicht . . .

Früh morgens guckte Wanja aus dem Bettchen hinaus aufs Fensterbrett.

Er will nicht klüfferte er, und stieg aus dem Bettchen, um die zweite Hälfte zu holen, und im Bettchen liegend zu essen. Wanja rief, daß Gott keinen Kuchen und kein Mittagbrot ist, und keinen Tee trinkt, legte aber hartnäckig die eine Hälfte der Lederbissen aufs Fenster, in der Ueberzeugung, Jesus Christum sei es angenehm zu sehen, wie er, Wanja, ihn liebt und was er für ein guter Junge ist.

Wanja hatte noch ein Lieblingspiel. Er hatte eine schöne Flinte, die Aljoscha ihm zum Geburtstag geschenkt hatte. Lange hatte er sie verloren geglaubt, und jetzt war sie gefunden: die neue Köchin hatte die Dielen gewaschen, die Möbel fortgerückt, und sie unter der Kommode vorgeholt. Eine ausgezeichnete Flinte. Gott sei Dank, daß sie gefunden war. Mit Hahn, mit Bajonett, schießt mit dem Labelfod, tau, wie eine richtige Flinte. Wanja war überzeugt, daß jener mit dem Schnurrbart seine Flinte mitgenommen hatte, als man damals in seinen Spielfachen kramte . . . Ra, jetzt wollen wir jeh'n! . . .

Wanja nahm die Büchse, stellte sich am Fenster auf, und wartete . . . Alles war fertig: der Hahn gespannt, der Labelfod drin, nur noch zielen, und bums! . . . Wanja stand und wartete n-ut pochendem Herzen auf einen Schußmann . . . Aber vor lauter Aufregung war es nicht so leicht, sie zu unterscheiden, und so mußte er nach allen Leuten mit blanken Knöpfen schießen . . . So wie solche Knöpfe kommen zielt er, und — bums!

Fertig! . . . Einer ist schon da!

Wanja führte eine Rechnung über die getöteten Feinde, jedesmal, wenn er nach ihnen schuß, nahm er einen Zinnsofobaler, und legte ihn bei Seite. Manchmal hatte er viel Glück: auf dem Fensterbrett lagen beleibender fünf — sechs Tote . . . Jedesmal, wenn Wanja sich zu dieser Jagd anschickte, sprach er zu Jesus Christum:

Hilf mir, lieber Jesus Christus . . . Gut?

Gut . . .

Aber redt viel!

Laß das Schießen sein! Hörst! Tante erlaubt nicht, die Kutter erschießt . . .

(Fortsetzung folgt)

Auf der Schwelle des Lebens.

Von Eugen Ijchikow.

(Autorisierte Uebersetzung von Adele Sampert.)

„Geh weg! Hab dir gesagt, ich will nicht! Wart, ich sag's der Mama! . . . Die Mutter liegt im Sterben, und er — der Mama Grobian.“

„Schlumpf nicht, sag' ich dir!“

Er fühlte sich beleidigt, und ihm war bang, daß Mama bald sterben wird. Und Wanja, die Nase ins Kissen gesteckt, nähte es mit seinem Speichel . . .

„Keine Ruh' laßt ihr Galgenstrickel . . . Oh, Gott, du barmherziger. Sei ihnen gnädig, den Verdammten!“ — flüsterte die Köchin und begann wieder zu schnarchen . . .

Am Tage, wenn alle Wanja vergaßen, spielte er im Kinderzimmer und sprach leise mit seinen Spielfachen, weil er seine Mama lieb hatte und sich bemühte, keinen Lärm zu machen.

Die Zinnsoldaten waren Schuhleute. Er stellte sich auf den Boden und bewapnete sich mit einem blechernen Säbel.

„Wo ist Aljoscha?“ — fragte er zornig.

„Im Gefängnis“, antwortete er leise für die Schuhleute.

„So? Im Gefängnis? Laßt ihn gleich heraus, hört ihr's?“

„Nein, wir tun es nicht . . .“

„Zum letztenmal frag' ich euch! Laßt ihn heraus?“

„Nein!“

„Nein? Nein . . .“

„Da habt ihr! Da! Da! Da!“

Und unter den Säbelhieben fielen die Soldaten nach allen Seiten. Einer von den Soldaten, mit schwarzem Schnurrbart, hatte es Wanja besonders angetan: es war derselbe mit dem Schnurrbart, der Aljoscha fortgebracht hatte. Diesen Soldaten hob Wanja vom Fußboden auf und sah über ihn besonders zu Gericht.

„Komm mal her! . . . Aha! . . . Ins Gefängnis mit ihm! . . .“

In dem schwarzen Spielfachkasten war das Gefängnis und da hinein wurde der Schuft mit dem Schnurrbart gemorfen.

„Gefällt's dir?“ fragte Wanja und guckte zu ihm ins Fenster.

„Du langweilst dich? Aha! Und Aljoscha amüsiert sich wohl, denkst du. Wart, ich werd' dir noch die Augen ausstechen! . . . Und wenn du nicht stille bist, kriegt du auch mit dem Federmesser.“

Im alten Photographiealbum war ein Bild Aljoschas, wo er noch als Gymnasialschüler abgebildet war. Wanja nahm dies Bild

aus dem Album und es sollte Aljoscha selbst sein. Aljoscha sah auch im Kasten, und als der schnurrbärtige Soldat da hineinkam, fing er an zu weinen und um Verzeihung zu bitten.

„Bitte bei Wanja — ich kann nicht! . . . Wie Wanja will, so soll's sein“, sagte Aljoscha.

Da nahm Wanja Aljoscha aus dem Kasten, küßte ihn und legte ihn unter sein Kissen.

„Vielleicht läßt du ihn heraus, Wanja?“ bot Aljoscha.

„Ihn herauslassen? Gar nicht nötig! Ich richte ihn hin. . . Jesus Christus, soll ich ihn hinrichten?“

„Ja, richte ihn hin!“ antwortete Jesus Christus.

„Siehst du, Aljoscha? Hast du gehört, was Jesus Christus gesagt hat?“

Unter dem Bett war die Hölle. Man brauchte nur noch den Soldaten mit der Nadel durchstechen und unter das Bett werfen.

Ein Teufel war auch schon dort: ein kleines Weßchen, das früher am Fädchen hüpfte, war in einen Teufel verwandelt und sah mit weit ausgespreizten Beinchen neben dem Bettfuß . . .

„Geh in die Hölle! . . . Zum Teufel. . . Und ihr alle! alle! alle!“

Wanja scharrte mit dem Fuß die auf dem Fußboden verstreuten Soldaten zusammen und schmiß sie unters Bett. In diesen Spielen vergaß Wanja, daß Mama immer noch krank sei, daß sie sich nicht erholt habe und daß Aljoscha nicht zurückkehrte. Für eine Zeitlang war der Kummer vergessen und es schien, als ob alles wieder gut wäre. Aljoscha zu Hause, unter dem Kissen, Mama gesund, die Feinde bestraft und in die Hölle geworfen. . . . Nachdem er sich so sattgespielt hatte, ging Wanja schlafen und blidete dankbar auf das Gottesauge vor Jesus Christus. . . . Jetzt hatte Wanja mit ihm diese Freundschaft geschlossen, unterhielt sich alle Augenblicke und beriet sich mit ihm.

„Mama wird gesund? Ja?“

„Sie wird gesund. . .“

„Und Aljoscha?“

„Er wird kommen. . .“

„Wann? Zu Ostern? Wenn du auferstehen wirst?“

„Zu Ostern. . .“

Manchmal überraschte ihn die Köchin bei solchen Gesprächen.

„Mit wem redest du da?“

„Geh dich nichts an!“

„Was nennst du da Christi Namen? Ist nicht gut. . .“

„Geh dich nichts an! Ich sprache nicht mit dir!“

„Gottloser Bube!“

